



N i e d e r s c h r i f t
über die 32. - öffentliche - Sitzung
der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das
ehrenamtliche Engagement verbessern“
am 19. Januar 2022
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Aussprache und ggf. teilweise Beschlussfassung zu Abschnitten des Abschlussberichtes der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“**
Bezug: Einsetzungsbeschluss - [Drs. 18/6898](#)
Aussprache und Beschlussfassung 5
2. **Verschiedenes** 13

Anwesend:**Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)
3. Abg. Sascha Laaken (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
4. Abg. Kerstin Liebelt (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
5. Abg. Luzia Moldenhauer (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
6. Abg. Karsten Becker (i. V. d. Abg. Hanna Naber) (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
7. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Veronika Koch (CDU)
10. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
11. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
12. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
13. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
14. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP)

Externe Sachverständige:

1. Olaf Kapke, Teilnahme per Videokonferenztechnik
2. Dr. Florian Hartleb, Teilnahme per Videokonferenztechnik
3. Falk Hensel, Teilnahme per Videokonferenztechnik
4. Dagmar Hohls
5. André Kwiatkowski, Teilnahme per Videokonferenztechnik
6. Insa Lienemann
7. Marion Övermöhle-Mühlbach, Teilnahme per Videokonferenztechnik
8. Prof. Dr. Sebastian Unger, Teilnahme per Videokonferenztechnik
9. Prof. Dr. Joachim Winkler, Teilnahme per Videokonferenztechnik

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,
Herr Deycke (wissenschaftliche Begleitung),
Herr Dr. Micus (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.36 Uhr bis 16.16 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Die **Kommission** billigte die Niederschriften über die 30. und die 31. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Aussprache und ggf. teilweise Beschlussfassung zu Abschnitten des Abschlussberichtes der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“

Bezug: Einsetzungsbeschluss - [Drs. 18/6898](#)

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) wies darauf hin, dass als Beratungsgrundlage für die heutige Sitzung eine von der wissenschaftlichen Begleitung erarbeitete tabellarische Aufstellung der bislang eingegangenen Hinweise und Änderungswünsche zu dem von der wissenschaftlichen Begleitung erstellten Berichtsentwurf diene.

Wenn der Bericht der Enquetekommission der Landtagspräsidenten am 11. März übergeben werden sollte, so die Vorsitzende weiter, komme als letzter Termin für die Besprechung des Berichtsentwurfs die Sitzung am 18. Februar 2022 in Betracht.

Die Vorsitzende bat darum, Anmerkungen und Änderungswünsche, sofern noch nicht geschehen, für den restlichen Bericht bis zum 25. Januar 2022 der wissenschaftlichen Begleitung zuzusenden, damit auf dieser Basis dann eine entsprechende Aktualisierung der tabellarischen Übersicht bis zur Sitzung am 2. Februar 2022 vorgenommen werden könne.

Sollte sich innerhalb der nächsten Sitzungen herausstellen, dass die Kommission längere Zeit für die Diskussion des Berichtsentwurfs benötige, werde sie sich gegebenenfalls über „längere Sitzungszeiten“ oder zusätzliche Sitzungen Gedanken machen müssen. - Widerspruch hiergegen erhob sich nicht.

Da der Abschlussbericht der Kommission am 11. März der Präsidentin übergeben werden sollte, sei es aus Zeitgründen nicht möglich, die Diskussion über die Passagen des Berichtsentwurfs, auf deren Fassung sich die Kommission in ihrer heutigen Sitzung verständige und die zeitnah zum Layout gegeben werden müssten, noch einmal aufzunehmen.

Im Inhaltsverzeichnis der Entwurfsfassung des Abschlussberichtes sei unter I. die Zusammenfassung - Ergebnisse und Handlungsempfehlungen - vorgesehen, wobei aber derzeit noch nicht abzusehen sei, welchen Umfang die Zusammenfassung einnehmen werde. Würde die derzeit

vorgesehene Struktur des Abschlussberichts beibehalten, wäre es daher nicht möglich, den ersten Teil des Berichtsentwurfs bereits frühzeitig zum Layout zu geben. Von daher schlage sie vor, so die Vorsitzende, die Zusammenfassung - Ergebnisse und Handlungsempfehlungen – in ein Extrakapitel aufzunehmen, um den Zeitrahmen für Layout und Druck des Abschlussberichts einhalten zu können. - Widerspruch hiergegen erhob sich nicht.

Herr **Deycke** (LTverw) erläuterte sodann die tabellarische Aufstellung der zum Berichtsentwurf eingegangenen Hinweise und Änderungswünsche.

Die **Kommission** beriet auf dieser Grundlage die eingegangenen Hinweise und Änderungswünsche zum Berichtsentwurf bis einschließlich Zeile 1706. Die von ihr gefassten Beschlüsse ergeben sich aus der dieser Niederschrift beigefügten **Anlage**.

Darüber hinaus ergab sich eine Aussprache zu folgenden Passagen:

Zeile 112

Zu der Anmerkung der Landtagsverwaltung, dass die im Berichtsentwurf gewählte Formulierung der Einleitung zum Zwischenbericht der Kommission ([Drs. 18/9027](#)) entspricht, meinte Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD), unabhängig davon, wie seinerzeit der Zwischenbericht formuliert worden sei, müsse es, wenn festgestellt werde, dass in der Aufzählung Sport und Kommunalpolitik fehlten, möglich sein, die Aufzählung entsprechend zu vervollständigen.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP) und Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) schlossen sich dem an.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) hatte keine Bedenken gegen die vorgeschlagene Ergänzung des Textes. Er warnte allerdings vor der Annahme, dass die Auflistung mit der vorgeschlagenen Ergänzung vollständig wäre.

Frau **Insa Lienemann** gab zu bedenken, dass in einer Präambel ohnehin nicht auf alle die Aspekte eingegangen werden könne, die später im Bericht behandelt würden.

Zeilen 389 bis 399

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) vertrat die Auffassung, dass angesichts der aktuellen gesell-

schaftlichen Entwicklungen in dem Bericht der Kommission durchaus auf den Aspekt des Demokratieverständnisses eingegangen werden sollte.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) meinte, er könne den Vorschlag der FDP-Fraktion und des Kommissionsmitgliedes Dr. Hartleb, die Passage in den Zeilen 389 bis 399 zu streichen, durchaus nachvollziehen, da die Formulierung missverständlich und damit suboptimal sei. Der Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion folge in gewisser Weise diesem Ansinnen. Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen einen deutlichen und kräftigen Satz zum Demokratieverständnis in den Abschlussbericht aufzunehmen, halte auch er für sinnvoll.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP) schloss sich dem Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion an, der, wie er sagte, der Intention entspreche, die seine Fraktion mit dem Vorschlag auf Streichung der in Rede stehenden Passage verfolgt habe.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) war ebenfalls mit dem Formulierungsvorschlag der SPD-Fraktion einverstanden.

Zeilen 401 bis 403

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) meinte, dass diese Passage des Berichtsentwurfs lediglich „Binsenweisheiten“ enthalte, und schlug von daher vor, diese Passage zu streichen.

Frau **Insa Lienemann** wies darauf hin, dass bei einer Streichung dieser Passage der Umgebungstext angepasst werden muss.

Zeilen 458 bis 472

Herr **Falk Hensel** bezeichnete die Formulierung

„Das Problem, welche sozialpolitischen Leistungen der Staat zu erbringen hat und welche Aufgaben die ehrenamtlich Engagierten erbringen sollen...“

in den Zeilen 459 und 460 als unglücklich, da das Wort „sollen“ den Eindruck erwecken könnte, als bestehe eine Verpflichtung.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) schlug vor, das Wort „sollen“ in Anführungszeichen zu setzen. Dadurch würde deutlich, dass zwar offensichtlich gelegentlich durchaus die Auffassung vertreten werde, dass Ehrenamtliche Aufgaben im Sinne

einer Verpflichtung erbringen sollten, die Kommission diese Position aber nicht teile.

Frau **Insa Lienemann** meinte, dass es allein mit dem Setzen von Anführungszeichen nicht getan sei. In der in Rede stehenden Passage gehe es um das Verhältnis von sozialpolitischen Leistungen des Staates und von Aufgaben, die ehrenamtlich erledigt würden. Dies sollte ihres Erachtens so in der zur Diskussion stehenden Passage formuliert werden.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) merkte an, dass sie die Analyse von Herrn Hensel teile. Der Vorschlag des Abg. Bajus, das Wort „sollen“ in Anführungszeichen zu setzen, mache deutlich, dass gegenüber dem ehrenamtlichen Engagement durchaus eine gewisse Erwartungshaltung bestehe, wobei bereits in dem in Zeile 458 beginnenden Satz das Spannungsverhältnis zwischen ehrenamtlichem Engagement und der Zuständigkeit des Staates angesprochen werde.

Abg. **Luzia Moldenhauer** (SPD) betonte, dass sie den von Herrn Hensel angesprochenen Satz in dem Sinne verstanden habe, dass es um die Aufgaben gehe, die ehrenamtlich Engagierte erbringen könnten. Sie habe Zweifel, ob der Problematik, die Herr Hensel zum Ausdruck gebracht habe, dadurch entsprochen werden könne, dass das Wort „sollen“ in Anführungszeichen gesetzt werde.

Herr **Deycke** (LTVerw) regte an, die Formulierung „welche Aufgaben die ehrenamtlich Engagierten übernehmen“ zu wählen.

Herr **Falk Hensel** schloss sich dem Vorschlag an, das Wort „sollen“ in Anführungszeichen zu setzen. Der Vorschlag, lediglich auf das Wort „übernehmen“ abzustellen, löse das Problem nicht, und bei der Verwendung des Wortes „können“ könnte der Eindruck entstehen, als gehe es darum, welche weiteren Aufgaben ehrenamtlich Engagierte übernehmen könnten, weil sie dazu in der Lage seien.

Kapitel IV

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) regte an, das Kapitel IV zu streichen. Dieses Kapitel enthalte zwar keine falschen Aussagen. Allerdings habe er Zweifel, ob die Ausführungen dieses Kapitels in ihrer epischen Breite dem Bericht zuträglich seien. Zudem habe er bei einigen Passagen Zweifel, ob die gewählte Wortwahl sinnvoll sei.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) merkte an, seine Fraktion sei der Auffassung, dass das Kapitel IV erheblich gekürzt werden könne. Ganz gestrichen werden sollte dieses Kapitel jedoch nicht. Die Nr. 2 - Aktive Bürgergesellschaft - sei zu wichtig, um gestrichen zu werden. Von daher schlage er vor, diese Passage in den Abschnitt V zu integrieren.

In Abschnitt IV gehe es darum, darzustellen, wie sich die gesellschaftliche Realität und damit auch die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt verändert hätten, womit auch auf die Frage eingegangen werde, weshalb die Enquetekommission eingesetzt worden sei. Allerdings seien viele Ausführungen in diesem Abschnitt - dies sei mit Blick auf die Leserinnen und Leser, an die sich der Bericht richten solle, von Bedeutung - recht sozialwissenschaftlich bzw. politikwissenschaftlich und aus seiner Sicht auch zu ausführlich gehalten. Zudem seien einige der Ausführungen sicherlich strittig.

Insgesamt seien die Ausführungen unter IV.1, IV.3 und IV.4 verzichtbar.

Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) schloss sich der Anregung an, die Ausführungen unter IV.1, IV.3 und IV.4 zu streichen und die Ausführungen unter IV.2 - Zeilen 634 bis 681 - in den Abschnitt V zu integrieren.

Herr **Deycke** (LTVerv) machte darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion vorgeschlagen habe, die Zeilen 634 bis 641 in den Abschnitt III. - Begriffsklärung: Ehrenamtliches Engagement und Ehrenamt - zu verschieben.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) schloss sich diesem Vorschlag der SPD-Fraktion an

Herr Prof. **Dr. Joachim Winkler** regte ebenfalls an, die Nrn. 1, 3 und 4 des Kapitels IV zu streichen. Zum einen seien insbesondere die Interpretationen, die sich auf Reckwitz bezögen, seines Erachtens nicht ganz unproblematisch. Zum anderen seien die in Rede stehenden Ausführungen recht weit vom Thema „Ehrenamt“ entfernt.

Herr Prof. **Dr. Sebastian Unger** bezeichnete es als wenig glücklich, die Ausführungen in den Zeilen 634 bis 641 in den Abschnitt III. zu verschieben. In Abschnitt III. gehe es um die Klärung der für die Enquetekommission zentralen Begriffe. Da sich die Kommission mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement befasse, halte er es für charmant, die

Begriffsklärung auf „Ehrenamt“ und „Engagement“ zu beschränken.

Von daher sollte auch seines Erachtens IV.2 in Kapitel V. integriert werden, wobei dann allerdings geprüft werden müsse, ob der Begriff „institutionelle Rahmenbedingungen“ noch passe oder aber ob der Abschnitt V. nicht besser die Überschrift „Rahmenbedingungen und Regelungskompetenzen“ erhalten sollte.

Herr **Falk Hensel** meinte, auch aus der Sicht der LAG FW seien die Ausführungen in Kapitel IV. Nrn. 1, 3 und 4 recht schwerfällig formuliert und zudem auch nicht zwingend erforderlich.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) sprach sich dafür aus, die Zeilen 634 bis 641 nicht in den Abschnitt III. aufzunehmen, sondern die gesamte Nr. 2 des Kapitels IV. in das Kapitel V. zu integrieren. Aus seiner Sicht sei es einfacher, die aktive Bürgergesellschaft als weitere Ebene in das Kapitel V. aufzunehmen, als hierauf unter dem Kapitel „Begriffsklärung“ einzugehen.

Widerspruch dagegen, die Ausführungen unter IV.1, IV.3 und IV.4 zu streichen und die Ausführungen unter IV.2. In das Kapitel V. aufzunehmen, erhob sich nicht

Zeile 1063

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) bezeichnete den Satz

„Als Faustformel im deutschen Mehrebenensystem kann gelten: je bürgernäher, desto weniger handlungsfähig.“

in seiner, wie der Abgeordnete sagte, Pauschalität als falsch. Zum einen werde mit einer solchen Aussage, so der Abgeordnete, der kommunalen Ebene kein Gefallen getan, und zum anderen sei es zweifellos sinnvoll, viele Zuständigkeiten auf die unteren Ebenen zu verlagern, da dies in der Tat mehr Bürgernähe und auch mehr Handlungsfähigkeit verspreche.

Der Abgeordnete regte daher an, diesen Satz zu streichen.

Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) schloss sich dem an.

Herr Prof. **Dr. Sebastian Unger** kam auf den Halbsatz

„kommunal können daher nur solche Angelegenheiten geregelt werden, die noch nicht durch ein Bundes- oder Landesgesetz festgelegt sind“

zu sprechen und gab zu bedenken, dass die Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sehr wohl über autonome Regelungskompetenzen verfügten, die ihnen weder durch Landes- noch durch Bundesgesetz genommen werden könnten.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) regte an, einen Halbsatz einzufügen, mit dem auf die eigene Gestaltungsfreiheit der kommunalen Ebene hingewiesen werde.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) betonte, in der Tat sei die Aussage

„Als Faustformel im deutschen Mehrebenensystem kann gelten: je bürgernäher, desto weniger handlungsfähig.“

falsch. Dieser Satz könne von daher im Berichtsentwurf nicht stehen bleiben. Die kommunale Ebene sei jene Ebene, die unmittelbar in der Lage sei, das Ehrenamt vor Ort zu unterstützen. Bei Zuschüssen, die eine Gemeinde etwa Sportvereinen über die Haushaltssatzung gewähre, handele es sich um unmittelbare Hilfe.

Abg. **Frank Oesterhelweg** (CDU) betonte, der Satz

„Als Faustformel im deutschen Mehrebenensystem kann gelten: je bürgernäher, desto weniger handlungsfähig.“

entspreche in keiner Weise seinen Erfahrungen in 35 Jahren Kommunalpolitik.

Frau **Insa Lienemann** hob hervor, nachdem sich die Kommission ausführlich mit dem kommunalen Ehrenamt bzw. kommunalen Mandat befasst habe, könne sie den Satz

„Das kommunale Handeln ist daher häufig bloß ein lokaler Gesetzesvollzug“

nicht nachvollziehen.

Herr Prof. **Dr. Sebastian Unger** antwortete, gemeint sei mit diesem Satz wohl, dass die kommunalen Gebietskörperschaften häufig lediglich Bundes- oder Landesrecht ausführten, etwa indem sie z. B. auf der Grundlage des Baugesetz-

buches und der Bauordnung eine Baugenehmigung erteilen oder versagen.

Völlig falsch sei der in Rede stehende Satz nicht. Allerdings zeichne er ein nicht zutreffendes Bild dessen, was kommunale Selbstverwaltung darstelle. Immerhin bestünden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ganz erhebliche Gestaltungsspielräume.

Sicherlich könne die zur Diskussion stehende Passage umformuliert werden. Aus seiner Sicht sei sie für den Bericht der Kommission aber auch nicht notwendig.

Er sei sich nicht sicher, betonte Herr Prof. Dr. Unger, ob es tatsächlich um eine Schwäche oder nicht vielmehr einfach nur um die Folge einer gegliederten Staatlichkeit gehe, wobei am Ende durchaus erhebliche Spielräume für die kommunale Ebene bestünden. Bestes Beispiel hierfür sei die Bauleitplanung, für die ein durch Bundes- und Landesrecht gesetzter Rahmen bestehe, innerhalb dessen aber frei gestaltet werden könne.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU) merkte an, dass ihm der Begriff „Mehrebenensystem“ nicht gefalle. Wenn es um den Föderalismus gehe, sollte hierfür auch der Begriff „Föderalismus“ verwendet werden. Nach seinem Empfinden gehöre zu einem Mehrebenensystem auch die europäische Ebene.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) warf die Frage auf, was mit den Ausführungen in den Zeilen 1069 bis 1083 zum Ausdruck gebracht werden solle, ob es darum gehe, zum Ausdruck zu bringen, wie schwierig und kompliziert es manchmal sei, Förderung zu erhalten, oder ob es darum gehe, die Schwierigkeiten darzustellen, die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu gestalten.

Die Vorsitzende gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass Ehrenamt auch von der europäischen Ebene gefördert werde.

Insgesamt habe sie Zweifel, so die Vorsitzende, ob diese Passage wirklich benötigt werde.

Herr Prof. **Dr. Sebastian Unger** merkte an, der Begriff „Mehrebenensystem“ werde aus rechtswissenschaftlicher Sicht eher im Zusammenhang mit der europäischen Ebene, also für die Verklammerung von Europäischer Union und Mitgliedstaaten, verwendet. Im nationalen Bereich werde er zumindest aus rechtswissenschaftlicher Sicht nicht verwendet. Von daher sollte dieser

Begriff im Berichtsentwurf durch „Föderalismus“ oder einen ähnlichen Begriff ersetzt werden.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP) regte, zumal, wie er sagte, bislang kein einziges Argument vorgebracht worden sei, das für die Beibehaltung der in Rede stehenden Passage spreche, an, die Zeilen 1061 bis 1068 zu streichen.

Herr **Dr. Florian Hartleb** warf ein, auch aus politikwissenschaftlicher Sicht gehe es bei dem Begriff „Mehrebenenystem“ um die europäische und nicht um die nationale Ebene.

Auch seines Erachtens, so Herr Hartleb, sollten die Zeilen 1061 bis 1068 gestrichen werden.

Zeilen 1262 bis 1268

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) meinte, auf der einen Seite sei zwar die im Berichtsentwurf gewählte Formulierung nicht falsch, auf der anderen Seite könne er aber die Position der FDP-Fraktion teilen, dass eine besondere Kraft in der Vielfältigkeit der Träger und Organisationen liege.

Der Abgeordnete schlug vor, den Satz

„Dieses Problem hat sich zuletzt aufgrund der fortgesetzten Ausdifferenzierung der lokalen Engagementlandschaft noch weiter verschärft.“

durch

„Einerseits führt es zu einem größeren Angebot, andererseits erhöht sich dadurch die Unübersichtlichkeit.“

zu ersetzen. Damit würde deutlich, dass auf der einen Seite die Vielfältigkeit einen Wert an sich darstelle, auf der anderen Seite die Dinge dadurch aber auch unübersichtlicher würden.

Zeilen 1416 bis 1417

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) bezeichnete den Satz

„Andererseits schwächt sich bei norddeutschen Flächenstaaten mit einer eher ländlichen Siedlungsstruktur wie Niedersachsen dadurch der Unterschied im Engagementniveau zu den süddeutschen Bundesländern ab.“

als problematisch.

Frau **Insa Lienemann** schloss sich dieser Auffassung an. Sie verwies auf das vom Zentrum für Kulturforschung vor einigen Jahren vorgelegte „Kulturmonitoring Niedersachsen“, in dem u. a. ausgeführt werde, dass sich das ostfriesische Umland durch ein geringes Kulturinteresse und das niedrigste Bildungsniveau auszeichne. Drastisch formuliert bedeutet dies, dass eine Korrelation zwischen niedrigem Bildungsniveau und geringem Kulturinteresse bestehe. In Wirklichkeit, so Frau Lienemann, bestehe in Ostfriesland vor Ort auch im Kulturbereich ein unglaubliches Engagement in vielerlei Varianten.

Vor dem Hintergrund solcher Studienergebnisse stelle sich ihr immer wieder die Frage, wie Studien entwickelt würden.

Ähnlich verhalte sich dies, wenn in dem Entwurf des Abschlussberichts der Enquetekommission von einem geringen Engagementniveau die Rede sei. Entsprechende Ausführungen wolle sie im Abschlussbericht nicht lesen. Denn sie sei im Rahmen der Arbeit der Kommission immer wieder über das „gigantische“ Engagementniveau in Niedersachsen überrascht gewesen, betonte Frau Lienemann.

Herr **Deycke** (LTVerv) gab zu bedenken, dass es bei der in Rede stehenden Passage um eine Relativierung des immer wieder angeführten Süd-Nord-Gefälles des Engagementniveaus gehe. In diesem Zusammenhang werde darauf hingewiesen, dass gerade die ländlichen Siedlungsstrukturen in Niedersachsen hohe Engagementquoten aufwiesen. Auf keinen Fall solle zum Ausdruck gebracht werden, dass das Engagementniveau in Niedersachsen geringer sei als beispielsweise in Baden-Württemberg.

Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) warf ein, dass dies dann auch so formuliert werden sollte.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) betonte, es gehe gerade nicht um die Beschreibung fehlenden Engagements und nicht um die Beschreibung eines Süd-Nord-Gefälles.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) merkte an, er habe erhebliche Bedenken mit Blick auf die in den Zeilen 1418 ff. folgende Passage. Die dort formulierten Mutmaßungen teile er in keiner Weise. Er könne sich nicht vorstellen, dass sich die Mehrheit der Mitglieder der Enquetekommission der Einschätzung anschließe, dass Personen über 60 Jahre und Frauen in der ländlichen Zivil-

gesellschaft unterrepräsentiert seien und dies u. a. damit zu erklären sei, dass Frauen auf dem Land eher traditionelle Aufgaben innerhalb der Familie wahrnahmen. - Seiner Wahrnehmung als jemand, der im ländlichen Bereich lebe, entspreche dies nicht.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) warf ein, dies entspreche auch nicht ihrer Wahrnehmung als Landfrau.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU) regte an, die gesamte Passage in den Zeilen 1403 bis 1425 noch einmal innerhalb der Fraktionen zu beraten und dann entsprechende Formulierungsvorschläge zu erarbeiten.

Widerspruch hiergegen erhob sich nicht.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) bat darum, der Landtagsverwaltung die Formulierungsvorschläge bis Ende der laufenden Woche zuzuleiten.

Zeilen 1482 - 1484

Zu dem Formulierungsvorschlag der LAG FW

„Die ‚neuen Ehrenamtlichen‘ engagieren sich gern kurzfristiger und zeitlich befristet und wenn sie Zeit haben entgegen den kontinuierlich Aktiven, die über Jahre in einem verlässlich gleichen Rhythmus ihr Engagement ausüben. Das Engagement darf heute ‚unverblümt‘ in höherem Maß in erster Linie ‚Spaß machen, im Interesse liegen und der Weiterentwicklung dienen‘, während vor einigen Jahren noch eher die Rede von altruistischen Engagementmotiven die Rede war.“

gab Herr Prof. **Dr. Joachim** Winkler zu bedenken, dass nicht nachgewiesen werden könne, dass nicht auch früher die Wahrnehmung ehrenamtlichen Engagements Spaß gemacht habe. Die Ergebnisse der Neurowissenschaften legten vielmehr nahe, dass dies auch früher der Fall gewesen sei. Schließlich werde etwa bei pflichtgemäßem Helfen Dopamin ausgeschüttet, und dies erzeuge ein Gefühl von Spaß und Freude.

Von daher empfehle es sich möglicherweise, die Worte „heute unverblümt“ zu streichen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) entgegnete, das Wort „unverblümt“ sei sicherlich bewusst in Anführungszeichen gesetzt worden. Auch aus seiner Sicht seien hinsichtlich der Wahrnehmung ehrenamtlichen Engagements durchaus Unterschiede

zu früher zu verzeichnen. Er selbst sei in einer Organisation tätig gewesen, in der im Zusammenhang mit Engagement das Wort „Spaß“ nicht habe verwendet werden dürfen. Die Älteren seien vielmehr der Auffassung gewesen, dass das Engagement so ernst sei, dass die Wahrnehmung keinen Spaß bereite. Die jüngere Generation sehe dies gänzlich anders.

Von daher stelle der Formulierungsvorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege einschließlich der Worte „heute unverblümt“ eine elegante Lösung dar.

Zeilen 1492 - 1498

Zu dem kurzfristig von der CDU-Fraktion eingebrachten Vorschlag, die Passage in den Zeilen 1492 bis 1498 zu streichen, erläuterte Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU), seine Fraktion halte den Passus zu Parteimitgliedschaften und Wahlen in dem Bericht der Enquetekommission, die sich mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt befasse, nicht als zielführend. Außerdem sei die Passage nach Ansicht der CDU-Fraktion arg tendenziös formuliert.

Zeilen 1552 f.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) wies darauf hin, dass die Fraktion der Grünen diese Passage offensichtlich falsch interpretiert habe. Während sich nach dem Freiwilligensurvey 2019 Frauen und Männer 2019 zum ersten Mal seit 1999 hinsichtlich der Engagementquote nicht unterscheiden - hierum gehe es im Zusammenhang mit der Zeile 281 des Berichtsentwurfs -, gehe es in den Zeilen 1552 f. um unterschiedliche Engagementbereiche.

Von daher ziehe er den Streichungsvorschlag seiner Fraktion zurück.

Zeile 1580

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) wies darauf hin, dass der Vorschlag, diese Passage zu streichen, da sie eine Bewertung darstelle - anders als in der Aufstellung der eingegangenen Hinweise und Änderungswünsche dargestellt -, nicht von seiner Fraktion stamme.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) sprach sich dagegen aus, die in Rede stehende Passage zu streichen. Seines Erachtens handele es sich keineswegs um eine Bewertung, sondern um eine Tatsachenbeschreibung.

Herr **Dr. Hartleb** merkte an, dass sich die Ausführungen in dieser Passage in der Tat mit Erhebungen und empirischen Befunden deckten.

Zeilen 1642 ff.

Zu dem kurzfristig von der CDU-Fraktion eingebrachten Änderungsvorschlag legte Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) dar, diese Zeilen seien nach Ansicht der CDU-Fraktion gegenüber den Sekundär- und Realschulen, Berufskollegs, Haupt- und Förderschulen zu negativ formuliert. Durch die Worte „nicht nur“ würden die Gymnasien bzw. integrierten Gesamtschulen sozusagen besser dargestellt als die anderen Schulformen, und dies spiegele nicht die tatsächlichen Verhältnisse wider. Die CDU-Fraktion spreche sich deshalb dafür aus, die Worte „nicht nur“ zu streichen.

Vors. **Abg. Petra Tiemann** (SPD) regte an, auf eine Aufzählung der Schulformen zu verzichten und stattdessen auf „alle Schulformen“ abzustellen.

Zeile 1646 - 1650

Die FDP-Fraktion hatte vorgeschlagen, die folgende Formulierung

„So könnten die obligatorischen Wandertage in den Zoo der Umgebung beispielsweise durch Besuche in das lokale Klärwerk oder die Freiwillige Feuerwehr ersetzt werden. Und warum sollte der Schulchor nicht regelmäßig die Einrichtungen der betreuten Wohnprojekte ansteuern oder Nachmittagsangebote sich stärker mit lokalen zivilgesellschaftlichen Institutionen vernetzen?“

zu streichen, da Nachmittagsangebote und Ausbau von Arbeitsgemeinschaften bereits ein guter Ansatz seien.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) meinte, das Wort „stärker“ mache deutlich, dass bereits eine Vernetzung mit lokalen zivilgesellschaftlichen Institutionen bestehe. Von daher halte sie die in Rede stehende Formulierung nicht für falsch.

Abg. **Frank Oesterhelweg** (CDU) merkte an, ihm leuchteten Sinn und Zweck dieser Passage durchaus ein. Es gehe darum, dass Schülerinnen und Schüler Bereiche kennen lernten, in denen ehrenamtliches Engagement möglich sei.

Ein Besuch im Zoo sei zwar zum einen schon an sich sinnvoll. Zum anderen biete er aber auch die

Möglichkeit, Kontakt mit Personen aufzunehmen, die sich dort ehrenamtlich engagierten.

Die Formulierung „So könnten die obligatorischen Wandertage in den Zoo ... ersetzt werden“ werte die Zoobesuche von Schulklassen ab. Er bitte deshalb darum, diesen Satz so umzuformulieren, dass das Gemeinte klar werde.

Frau **Insa Lienemann** merkte an, aus ihrer Sicht sei es durchaus wichtig, darauf hinzuweisen, dass es bereits heute viele Nachmittagsangebote gebe. Allerdings halte sie es für falsch, in diesem Zusammenhang lediglich zwei Bereiche ausdrücklich anzusprechen. Zudem sollte auch nicht auf „obligatorische Wandertage“ abgestellt werden. Hierbei handele es sich um eine alte Formulierung, die dem heute Üblichen nicht mehr entsprechen.

Insgesamt müsse die in Rede stehende Passage überarbeitet werden. Ganz gestrichen werden sollte sie aber nicht.

Vors. **Abg. Petra Tiemann** (SPD) schlug vor, eine Formulierung zu wählen, mit der darauf hingewiesen werde, dass das ohnehin starke Angebot im Nachmittagsbereich durch vielfältige Arbeitsgemeinschaften weiterhin und stärker gefördert werden sollte.

Dies wäre zum einen eine allgemeine Formulierung, mit der zum anderen aber auch den bisherigen Angeboten Respekt gezeugt werde.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) meinte, auch er sei der Auffassung, dass Besuche von zoologischen Gärten oder etwa auch Klärwerken durchaus einen Sinn an sich darstellten, und sicherlich werde sich im Bereich der Ganztagschulen noch ganz viel entwickeln. Beides gehöre aber nicht in das Kapitel VI. - Bestandsaufnahme: Ehrenamt in Deutschland und Niedersachsen.

Bei den Ausführungen in den Zeilen 1646 bis 1650 gehe es bereits um erste Vorschläge bzw. Handlungsempfehlungen, die die Kommission in ihrem Bericht aber erst später formulieren werde. Deswegen habe die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag, diese Passage zu streichen, recht. An anderer Stelle könnten diese Vorschläge dann in den Bericht aufgenommen werden.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) warf ein, ihres Erachtens könne gar nicht oft genug auf die Nachmittagsangebote und die Vernetzung mit lokalen zivilgesellschaftlichen Institutionen einge-

gangen werden. Auf jeden Fall sollte eine Formulierung, wie sie sie vorgeschlagen habe, später bei den Handlungsempfehlungen aufgenommen werden.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP) war mit dem Vorschlag der Vorsitzenden einverstanden. Eine Konkretisierung, so der Abgeordnete, sei in Kapitel VI. nicht erforderlich.

Frau **Insa Lienemann** entgegnete, ihres Erachtens sollten an dieser Stelle aber sehr wohl das freiwillige Engagement von Kindern und Jugendliche thematisiert und die Frage angesprochen werden, wo Kinder und Jugendliche freiwilliges Engagement einüben könnten. Von daher würde auch sie es begrüßen, wenn in dem Sinn, wie die Vorsitzende dies vorgeschlagen habe, auf die Nachmittagsangebote hingewiesen würde.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) merkte an, wenn das Engagement im Zusammenhang mit Nachmittagsangeboten verstärkt werden sollte, müsse ein entsprechender Hinweis im Zusammenhang mit den Handlungsempfehlungen gegeben werden.

Von daher spreche sie sich dafür aus, die Zeilen 1646 bis 1650 zu streichen, aber im Zusammenhang mit den Handlungsempfehlungen einen Hinweis in dem von ihr genannten Sinne aufzunehmen.

Tagesordnungspunkt 2:

Verschiedenes

Die **Kommission** verständigte sich für die Behandlung des Abschlussberichts im Plenum des Landtages auf einen mündlichen Bericht.

Mit der Berichterstattung wurde die Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) betraut.

Änderungsvorschläge Entwurfsfassung 01 bis S. 65

Zeile n	Wortlaut der Entwurfsfassung 1	Anmerkung/Änderungsvorschlag	Formulierungsvorschlag / Anmerkung wiss. Begleitung	Entscheidung der Kommission am 19.01.2022
112	Sie kümmern sich um die Alten und Kranken, unterstützen Hilfebedürftige, bestärken Kinder und Jugendliche, löschen Brände, schützen die Natur, organisieren die Kultur und stiften Toleranz. Sie lindern Sorgen, nehmen Ängste, beantworten Fragen, treffen Entscheidungen und hören in Ausnahmezeiten wie der Corona-Pandemie auch einfach nur zu.	Bitte bei einer recht abschließenden Aufzählung Sport und Kommunalpolitik ergänzen. <i>„[...] , sie stärken den Sport, engagieren sich in der Kommunalpolitik, [...]“.</i> (SPD)	Anmerkung der LTVerw.: Formulierung entspricht der Einleitung zum Zwischenbericht der Kommission (Drs. 18/9027)	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
114-116	Sie lindern Sorgen, nehmen Ängste, beantworten Fragen, treffen Entscheidungen und hören in Ausnahmezeiten wie der Corona-Pandemie auch einfach nur zu. Sie tun das in ihrer Freizeit, neben ihren Verpflichtungen in Beruf und Familie.	Formulierungsvorschlag: „Sie lindern Sorgen, nehmen Ängste, beantworten Fragen, treffen Entscheidungen und hören in Ausnahmezeiten wie der Corona-Pandemie auch einfach nur zu. Sie tun das in ihrer Freizeit, neben ihren Verpflichtungen in Beruf und neben ihren Verpflichtungen im täglichen Alltag.“ (FDP)	Formulierung des Entwurfs beibehalten; Formulierungsvorschlag tautologisch + Verweis auf Verpflichtungen der Sozialform Familie sollte erhalten bleiben (vgl. Einsetzungsbeschluss) Anmerkung der LTVerw.: Formulierung entspricht der Einleitung zum Zwischenbericht der Kommission (Drs. 18/9027)	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig) (das Wort „täglich“ wird dabei nicht aufgenommen (wB))

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

131-132	Das ehrenamtliche Engagement gehört zu den konstitutiven Elementen unserer Demokratie.	Bitte im Text erklären. (FDP)	Sollte aus dem Vorhergehenden ersichtlich sein. Anmerkung der LTVerw.: Formulierung entspricht der Einleitung zum Zwischenbericht der Kommission (Drs. 18/9027)	Änderungswunsch wurde vom AS zurückgenommen. Es bleibt bei der Formulierung in der Fassung 01
133-135	Umso wichtiger ist es, das Ehrenamt durch geeignete Rahmenbedingungen bestmöglich zu fördern, soziale, kulturelle und ökonomische Veränderungen genau im Blick zu behalten und die bestehenden politischen Förderinstrumente kontinuierlich an gewandelte Umstände anzupassen.	an die sich wandelnden Umstände anzupassen	Sollte aus dem Vorhergehenden ersichtlich sein. Anmerkung der LTVerw.: Formulierung entspricht der Einleitung zum Zwischenbericht der Kommission (Drs. 18/9027)	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
139	Da sind zum einen verschiedene Gruppen, in denen die Anteile freiwillig engagierter Menschen anhaltend unterdurchschnittlich sind	<i>„die weniger stark unter den Ehrenamtlichen repräsentiert sind“ (SPD)</i>	Anmerkung der LTVerw.: Formulierung entspricht der Einleitung zum Zwischenbericht der Kommission (Drs. 18/9027)	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
176 bis 179	Aufgrund der anstehenden Kommunalwahl 2021 hat die Kommission einstimmig beschlossen, zuerst das kommunalpolitische Mandat zu thematisieren und konkrete Vorschläge zur Optimierung der anstehenden Novellierung des NKomVG zu entwickeln	Um die Recherche zu erleichtern, sollte an dieser Stelle ergänzend auf die Drucksachenummer sowie auf das Kapitel IX des Abschlussberichtes verwiesen werden. (LTVerw.)	Der Zwischenbericht wurde als Drucksache 18/9027 am 16. April 2020 herausgegeben und findet sich in diesem Abschlussbericht unter Ziffer IX.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

257	Die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ wurde auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU (Drs. 18/6386) vom Niedersächsischen Landtag mit dem in seiner 78. Sitzung am 30.06.2020 gefassten Beschluss eingesetzt.	Einfügen: „sowie der Unterstützung aller Fraktionen“ (GRÜNE)	Die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ wurde auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU mit Unterstützung aller Fraktionen (Drs. 18/6386) vom Niedersächsischen Landtag mit dem in seiner 78. Sitzung am 30.06.2020 gefassten Beschluss eingesetzt.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
S. 13	(Liste Kommissionsmitglieder)	Stellvertreterinnen: Menge, Susanne und Janssen-Kucz, Meta	Kann übernommen werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
261-291	Wortlaut Einsetzungsbeschluss	Wortlaut des Einsetzungsbeschlusses in Anführungszeichen setzen (FDP).	Kann übernommen werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
281	Hiervon sind zu allererst Frauen betroffen mit der Folge, dass sie größtenteils im Ehrenamt unterrepräsentiert sind.	„Frauen und Männer unterscheiden sich 2019 zum ersten Mal seit 1999 nicht hinsichtlich der Engagementquote. Während sich in der Vergangenheit seit 1999 stets Männer zu größeren Anteilen freiwillig engagierten, ist im Jahr 2019 erstmals kein statistisch signifikanter Geschlechterunterschied in der Engagementquote festzustellen (Frauen: 39,2 Prozent; Männer: 40,2 Prozent). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die	Anmerkung der LTVerw.: Formulierung entspricht dem Wortlaut des Einsetzungsbeschlusses und kann nicht verändert werden.	Ergänzung/Änderung angenommen Fußnote mit Hinweis auf geänderte Empirie wird ergänzt. (einstimmig)

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

		Anteile freiwillig engagierter Frauen stärker gestiegen sind als die Anteile freiwillig engagierter Männer. Zudem ist der Anteil an engagierten Männern zwischen 2014 und 2019 etwas zurückgegangen.“ (Freiwilligensurvey 2019) https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dfa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/frewilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf (SPD)		
300-302	Nachdem Ende September 2020 3 bisherige Mitglieder der AfD-Fraktion ihren Fraktionsaustritt erklärt hatten, war die nach der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages für den Fraktionsstatus erforderliche Zahl von 7 Abgeordneten nicht mehr gegeben.	Nach Auflösung der AfD-Fraktion.... (die Hintergrundinformationen sind für die Leser nicht relevant) (FDP), ggf. Fußnote, AfD nicht so viel Platz einräumen (SPD)	Verlagerung in Fußnote	Ergänzung/Änderung wird abgelehnt. Ursprungstext und Format beibehalten (einstimmig)
310	Tabelle	Monate teilweise ausgeschrieben → vereinheitlichen Emden, Christopher → Komma fehlt Einheitliche Formatierung und Worttrennung beachten (SPD)	Anregung übernehmen	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
337	...Organisationen des Gesundheitswesens...	Gesundheitswesens durch Gemeinwesens ersetzen (LAG FW) Gesundheitswesen streichen (GRÜNE) LTVerw. Es handelt sich hier um einen Übertragungsfehler. Es wurden keine Vertreter von Gesundheitsorganisationen angehört.	Die Enquetekommission hörte insgesamt 94 Sachverständige, Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie zahlreicher Vereine, Verbände und Organisationen zu den Themen des Einsetzungsauftrages an.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig).

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

389-399	Demokratische Gesellschaften können auf ein Mindestmaß an bürgerschaftlicher Verantwortungsübernahme nicht verzichten. Ehrenamtliches Engagement ist ein Generator jener Formen von Bürgersinn, auf denen freiheitlich verfasste politische Ordnungen, sollen sie krisenfest sein, stabil aufbauen müssen. „Die demokratische Gesellschaft ist keine Gesellschaft von Individuen“, nannte das der französische Philosoph Claude Lefort, der damit ausdrücken wollte, dass der Individualismus den politischen Charakter moderner Gesellschaften verleugne, die erst aus dem Streit um das Allgemeine hervorgingen. Liberale Demokratien können die Bürgertugend der Verantwortungsübernahme aber nicht selbst erzeugen, ein Dilemma, welches der Staatsrechtler und spätere Richter am Bundesverfassungsgericht Ernst-Wolfgang Böckenförde Mitte der 1960er Jahre in die Worte gefasst hat, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat „von Voraussetzungen (lebt), die er selbst nicht garantieren kann“	Was ist die Kernaussage dieses Absatzes? Kann er ggf. gestrichen werden? (FDP) Streichen (Hartleb) Bitte positiver formulieren → Demokratieverständnis <i>„Unsere Gesellschaft braucht demokratische Teilhabe. Die Demokratie lebt davon, dass alle Bürgerinnen und Bürger aktiv die Gesellschaft mitgestalten können.“</i> (vgl. https://www.fes.de/gute-gesellschaft-soziale-demokratie-2017plus/staerkung-der-demokratie-und-demokratischer-teilhabe)	Formulierungsvorschlag der SPD kann übernommen werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig).
400	Ehrenamtliches Engagement ist also keine „rechtliche“ oder „staatsbürgerliche“, sondern allenfalls eine „sittliche“ Pflicht.	Ehrenamt ist in keinsten Weise eine Pflicht – auch nicht eine moralische. (LAG FW) (GRÜNE)	Ehrenamtliches Engagement ist also keine Pflicht.	Die Kommission hat beschlossen die Zeilen 400 bis 403 zu streichen (einstimmig)
401-402	Ohnmächtig ist die Politik dadurch aber nicht, kann sie doch die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung und Indienstnahme für das Gemeinwohl gefördert wird.	Positiver formulieren: Gleichwohl können auf der politischen Ebene die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass... (FDP) Ohnmächtig zu negativ (GRÜNE)	Änderungsvorschlag kann übernommen werden.	Zeilen 401-403 streichen (einstimmig)
413	Wenn zudem zweitens von Bürgertugenden und sittlicher Pflicht gesprochen wird, dann bedarf ehrenamtliches Engagement spezifischer Normen und Werte.	Ehrenamt ist in keinsten Weise eine Pflicht – auch nicht eine moralische. (LAG FW)	Wenn zudem zweitens von Bürgertugenden gesprochen wird, dann bedarf ehrenamtliches Engagement spezifischer Normen und Werte.	Ergänzung/Änderung (Vorschlag WB) angenommen (einstimmig)

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

435	dies gerade auch im Angesicht leerer öffentlicher Kassen	Bitte umformulieren, sehr negatives Bild. (FDP, GRÜNE)	Halbsatz streichen.	Ergänzung/Änderung (Vorschlag WB angenommen (einstimmig
445-449	Allerdings ist ehrenamtliches Engagement zugleich frustrationsanfällig, gerade aufgrund der hochgespannten Erwartungen, die sich mit ihm verknüpfen. Erwartungen an und das Vertrauen auf gemeinschaftliches Handeln können auch enttäuscht werden. Nicht jede Initiative ist erfolgreich und nicht immer reichen Ausdauer, Geduld und Leidenschaft, um ein Vorhaben auch in schwierigen Phasen fortzusetzen und erfolgreich abzuschließen.	Bitte neutraler formulieren (FDP)	Allerdings – und hier zeigt sich, wie wichtig gute Rahmenbedingungen sind - ist ehrenamtliches Engagement zugleich frustrationsanfällig, gerade aufgrund der hochgespannten Erwartungen, die sich mit ihm verknüpfen. Erwartungen an und das Vertrauen auf gemeinschaftliches Handeln können auch enttäuscht werden. Nicht jede Initiative ist erfolgreich und nicht immer reichen Ausdauer, Geduld und Leidenschaft, um ein Vorhaben auch in schwierigen Phasen fortzusetzen und erfolgreich abzuschließen.	Ergänzung/Änderung (Vorschlag WB) angenommen (einstimmig

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

450	Wie es überhaupt im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement eine Vielzahl von Widersprüchen, Konflikten und Spannungsfeldern gibt.	Satzbau (SPD)	Satzbau beibehalten.	Kommission beschloss Textänderung : „Ohnehin gibt es im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement eine Vielzahl von Widersprüchen, Konflikten und Spannungsfeldern.“ (einstimmig)
458-472	Ein Spannungsfeld besteht ebenfalls zwischen dem ehrenamtlichen Engagement und der Zuständigkeit des Staates. [...]	In diesem Absatz bräuchte es m.E. zumindest einen einleitenden Satz, dass Organisationsstrukturen (als Spannungsfeld) betrachtet werden. Ansonsten ist der Sprung von Staat-Ehrenamt zu institutionell-fluide nicht gut lesbar. (SPD)	Absatz (Leerzeile) einfügen	Ergänzung/Änderung (Vorschlag WB angenommen (einstimmig)
460	Erbringen sollen			Kommission beschloss das Wort „sollen“ in Anführungszeichen zu setzen (einstimmig)
460	Das Problem, welche sozialpolitischen Leistungen der Staat zu erbringen hat und welche Aufgaben die ehrenamtlich Engagierten erbringen sollen, wird	Wortwahl (SPD) „relevant“ statt „akut“ (Hartleb)	Wortwahl beibehalten.	Ergänzung/Änderung angenommen

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	gerade dann akut , wenn staatliche Leistungskürzungen mit der Forderung nach und der verstärkten Förderung von gemeinwohlorientiertem Engagement einhergehen.			(einstimmig)
486	Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass das Feld des ehrenamtlichen Engagements weit und durch eine große thematische und organisatorische Vielfalt geprägt ist, überrascht es nicht, dass auch bei den Begriffsdefinitionen keine Einigkeit besteht.	Auch hier beginnt ein neues Thema, eine stärkere Abgrenzung statt Fließtext wäre unsererseits wünschenswert. (SPD)		Änderungswunsch wurde vom AS zurückgenommen. Es bleibt bei der Formulierung in der Fassung 01
531	Abschnitt IV	Einleitende Sätze, einzelne Kapitelstrukturen ggf. vereinheitlichen? (SPD)		
532-632	Kapitel IV.1 „Soziokulturelle Trends“	Kapitel streichen. (GRÜNE)		Die Kommission hat beschlossen, das gesamte Kapitel IV zu streichen. Abschnitt IV.2 soll in Kapitel V. integriert werden. (einstimmig)
584-595	Kapitel IV.2 „Aktive Bürgergesellschaft“	Behalten? (Sonstige Abschnitte von IV sollen gestrichen werden) (GRÜNE)		Verschieben nach V.
533	Ehrenamtliches Engagement ist auf andere bezogen, auf das Gemeinwohl.	Teilweise starke Redundanzen bei Formulierungen Vgl. „Bei ehrenamtlichem Engagement geht es grundsätzlich um ein Handeln, das über den Einzelnen hinausgeht, das gemeinschaftlich ausgeführt wird und sich auf die Allgemeinheit richtet.“ (Z.536) (SPD)	Formulierungen beibehalten.	

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

539-540	von den Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern	Seitens der Sozialwissenschaft (FDP) (Hartleb)	Änderungsvorschlag kann übernommen werden.	
538-542	Insofern sollte es an den Bedingungen für ehrenamtliches Engagement nicht spurlos vorübergehen, wenn die zentralen gesellschaftlichen Trends von den Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern seit nunmehr rund drei Jahrzehnten mit den Begriffen Individualisierung, Pluralisierung und Fragmentierung beschrieben werden. Der Boden, auf dem das ehrenamtliche Engagement steht, ist schwankend geworden. So lässt sich jedenfalls begründet vermuten.	Nachweis / Formulierung zu essayistisch (SPD)	S.u.	
541-542	Der Boden, auf dem das ehrenamtliche Engagement steht, ist schwankend geworden. So lässt sich jedenfalls begründet vermuten.	Besser: Diese Trends können Auswirkungen auf das Ehrenamt haben. (FDP) Ehrenamtliches Engagement gerät unter einen stärkeren Rechtfertigungsdruck, privat und beruflich. (Hartleb)	Änderungsvorschlag FDP kann übernommen werden.	
543-576		Ausschließlich zentrale These fürs Ehrenamt zusammenfassen: Bezug zum Ehrenamt unklar. Zweifelsfrei kann Reckwitz' These zur Gesellschaft der Singularitäten im Kontext der EKE relevant sein. Es fehlt aber ein Satz, der pointiert, dass durch diese Entwicklungen auch traditionelle Vereine und Parteiorganisationen an Bedeutung verlieren. (SPD)	Gewünschter Satz bereits vorhanden: „Wenig erstaunlich, dass Reckwitz formale Organisationen im Allgemeinen und Volksparteien im Speziellen zugunsten von partikularistischen Zusammenschlüssen und temporären Organisationsformen in die Defensive gedrängt sieht.“	
544	Der bekannte Soziologe Andreas Reckwitz jedenfalls, dessen Buch „Die Gesellschaft der Singularitäten“ im Jahr 2017 Furore gemacht und in der Zeit danach in den Parteizentralen und Medienredaktionen herumgereicht wurde, spricht von einer "Krise des	Sprache eher floskelhaft, nicht notwendigerweise relevant für die Ergebnisse der EKE (SPD)	Der bekannte Soziologe Andreas Reckwitz jedenfalls, dessen Buch „Die Gesellschaft der Singularitäten“ im Jahr 2017 Furore gemacht hat und in der Zeit danach in den Parteizentralen und	

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	Allgemeinen" als der gesellschaftlichen Grundtendenz schlechthin.		Medienredaktionen herumgereicht wurde, spricht von einer "Krise des Allgemeinen" als der gesellschaftlichen Grundtendenz schlechthin.	
555-565	Reckwitz schildert in seinem Buch eine Reihe plausibler Beispiele für seine Singularitäts-These. Reiseziele könnten nicht mehr einförmige Urlaubsziele des Massentourismus sein, sondern müssten die Einzigartigkeit des Ortes, die Besonderheiten von Stadt, Atmosphäre und Landschaft herausstellen, um Gäste anzulocken. Güter wie Dienstleistungen würden nicht mehr als Massenware vermarktet werden, sondern würden gekauft, wenn sie den Unterschied zu machen versprechen und ihre Käufer herausheben aus der Menge. In der Arbeits- und Berufswelt gehe es nicht mehr um standardisierte Qualifikationen und Leistungsanforderungen, nun seien Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefragt, die ein außergewöhnliches „Profil“ besitzen. Und für Schulen genügt es auch nicht mehr, das staatlich vorgegebene Lernpensum gut zu vermitteln. Stattdessen müsse mittlerweile jede Schule ihr eigenes Bildungsprofil kultivieren und den Schülerinnen und Schülern durch außergewöhnliche Zusatzangebote einen außergewöhnlichen Bildungsweg in Aussicht stellen	Zu weitgehend in die Theorie. Sollte gestrichen werden. (FDP, CDU) Streichen (Hartleb)		
566-569	Der Typus der „sozial angepassten Persönlichkeit“, einstmals die weithin angestrebte Existenz eines Durchschnittsangestellten mit Durchschnittsfamilie, sei heute als konformistischer Spießler verrufen. Das von allen sozialen Bindungen befreite Lebensideal der Gegenwart strebe nach Einzigartigkeit und Außergewöhnlichkeit.	Kann gestrichen werden. (FDP, CDU, Hartleb)		
570-576	Wenig erstaunlich, dass Reckwitz formale Organisationen im Allgemeinen und Volksparteien im Speziellen zugunsten von partikularistischen Zusammenschlüssen und temporären Organisationsformen in die Defensive gedrängt sieht. Tatsächlich schreiben auch Parteienforscher über die Krise der Volksparteien, deren goldene Zeiten lange zurückliegen und die ebenso lange keine nachhaltigen Lösungen finden gegen die Erosion der alten Milieus, das Verdorren ihrer gesellschaftlichen Wurzeln, das Abschmelzen traditioneller	Bitte in eigenen Worten so zusammenfassen, dass sich eine Verbindung ergibt. (FDP); Streichen (CDU, Hartleb)		

	Lebenswelten und den Schwund großflächig homogener Soziallagen.			
572-576	Tatsächliche schreiben auch Parteienforscher über die Krise der Volksparteien, deren goldene Zeiten lange zurückliegen und die ebenso lange keine nachhaltigen Lösungen finden gegen die Erosion der alten Milieus, das Verdorren ihrer gesellschaftlichen Wurzeln, das Abschmelzen traditioneller Lebenswelten und den Schwund großflächig homogener Soziallagen.	Konjunktiv , distanzierte Formulierungen (SPD) Streichen (Hartleb)	Gram. Modus kann angepasst werden.	
591-595	Zwar wird nicht behauptet, Vereine, Verbände und andere formale Organisationen bürgerschaftlichen Engagements würden von der Bildfläche verschwinden, doch der Trend gehe eben in Richtung Individualisierung, Informalität und Digitalisierung – „eine Entwicklung, die formale Organisationen vor Aufgaben und Probleme stellt und gering formalisierte Varianten bürgerschaftlichen Engagements begünstigt“.	Weniger drastisch formulieren (FDP)	Formulierung beibehalten.	
598-604	Egoistische Partikularinteressen und eine zugespitzte Anspruchsmoralität der Bürgerinnen und Bürger reduzieren im Bündnis mit der Funktionslogik der Sozialen Medien die politischen Handlungsalternativen auf undifferenzierte Entweder-oder-Entscheidungen und unterminieren den normativen Anspruch der Politik – und der Demokratie insgesamt –, an den Mehrheitsinteressen der Gesellschaft orientierte Entscheidungen auszuhandeln, die heterogenen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und zu allgemeingültigen Problemlösungen mit breiter Akzeptanz zu kommen.	Bitte neutraler ausdrücken und so formulieren, dass der Satz einfach zu verstehen ist. (FDP, Hartleb)		
605-623	Auf einen besonderen Respekt vor den Institutionen und Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates braucht man zugleich nicht zu hoffen. Über die neue Gestalt des Bürgers, von ihm „Wutbürger“ getauft, schrieb der Spiegel-Reporter Dirk Kurbjuweit, früher sei für den Bürger der Staat eine Burg gewesen. Heute aber bräuchten die Bürgerinnen und Bürger „keine Burg mehr, sie kommen allein klar, brauchen nicht mehr so viel ‚wir‘, sind ganz ‚ich‘“. Die Forderung nach mehr direkter Demokratie entspringt dann weniger der Absicht, die Distanz zwischen der Politik und der Bevölkerung zu verringern, als vielmehr der Annahme, die eigenen Interessen so besser durchsetzen zu können, d.h. die	Ist dies relevant für die Herleitung? Kann ansonsten gerne gestrichen werden. (FDP, Hartleb)		

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	<p>Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten aushebeln zu können, wenn diese den eigenen Vorstellungen zuwiderlaufen.</p> <p>Freilich muss es so nicht kommen, ebenso wie auch die Analyse von Reckwitz nicht ohne scharfen Widerspruch geblieben ist. Hartmut Rosa etwa hat Reckwitz Einseitigkeit vorgeworfen und die These aufgestellt, die Kehrseite der singularistischen Kultureliten seien Gesellschaftsgruppen, die den Zwang zur Besonderung ablehnten und dagegen offensiv ein Allgemeines als das Normale oder Natürliche verteidigten. „Sie beanspruchen“, so Rosa, „keine geschlechtliche Singularität, sondern wollen eine ‚richtige Frau‘ oder ‚ein ganzer Mann‘ sein, sie wollen gute Arbeit leisten, keine eigene Marke sein, ihre Kinder auf eine gute und ‚normale‘ Schule schicken und ‚ganz normal essen‘ etc. Sie nehmen sich und ihre Überzeugungen und Wertmaßstäbe vielleicht gar nicht so sehr als entwertet wahr, sondern kämpfen für sie in der Überzeugung, dass die (...) Werte des ‚Gendergaga‘, des ‚Ernährungswahns‘, der differenzsensiblen Political Correctness (...) exzentrischer Unsinn sind.“</p>			
620	<p>Sie nehmen sich und ihre Überzeugungen und Wertmaßstäbe vielleicht gar nicht so sehr als entwertet wahr, sondern kämpfen für sie in der Überzeugung, dass die (...) Werte des ‚Gendergaga‘, des ‚Ernährungswahns‘, der differenzsensiblen <i>Political Correctness</i> (...) exzentrischer Unsinn sind.“</p>	<p>Ggf. müsste man noch einmal diskursiv einordnen inwieweit die Gegenüberstellung von Singularität und „Gendergaga“ an dieser Stelle in Bezug auf das Ehrenamt zielführend sind. (SPD)</p> <p>Streichen (Hartleb)</p>	<p>Zitat streichen.</p>	
630-632	<p>Auch die DDR war eine Organisationsgesellschaft, doch gab es hier weder Demokratie und Rechtsstaat noch Organisationsfreiheit und Pluralismus. Verglichen mit der Bundesrepublik war die DDR auch deshalb beinahe eine Engagementwüste.</p>	<p>Hängen diese Punkte wirklich zusammen? Korrelation ist nicht gleich Kausalität. (FDP)</p> <p>„Engagementwüste“->Distanziertere, wissenschaftliche Formulierung? (SPD)</p>	<p>Auch deshalb war das Engagement in der DDR sehr schwach ausgeprägt.</p>	
635-641	<p>Seit den 1980er Jahren haben die Begriffe „Bürgergesellschaft“ und „Zivilgesellschaft“ als Übersetzungen aus dem Englischen (civil society bzw. civic society) Eingang in die deutsche Sprache gefunden und sind Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Diskurse geworden. Häufig werden sie synonym verwandt, zuweilen allerdings auch definitorisch voneinander geschieden. Sind die Begrifflichkeiten und die Debatten, die um sie kreisen, auch jüngeren Datums, die Phänomene, die mit Ihrer Hilfe</p>	<p>Gehört ggf. eher in den Abschnitt „Begriffsbestimmung“ (SPD)</p>	<p>Könnte bei Streichung der Teilkapitel IV. 1, IV.3 und IV.4 nach III verschoben werden.</p>	<p>Änderungswunsch wurde vom AS zurückgenommen, da zu Zeile 532-632 bereits</p>

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	beschrieben, analysiert und bewertet werden sollen, sind so alt wie das gesellschaftliche Zusammenleben.			Verschiebung in Kapitel V beschlossen wurde
653	Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Faktor demokratischer Gesellschaften, sie ist aber auch in Diktaturen möglich	Bezug / Relevanz im Gesamtkontext unklar. (SPD)	Kann gestrichen werden. Oder alternativ: Zwei zusätzliche Sätze zur Rolle von Zivilgesellschaft in Diktaturen als Gegengewicht zum Regime und Keimzelle sowie Voraussetzung erfolgreicher Demokratisierung.	Streichung des Satzes angenommen (einstimmig)
642-643	Wie für sozialwissenschaftliche Begriffe typisch, konkurrieren unzählige Definitionen miteinander. Es hat sich jedoch etabliert	Eine etablierte Sichtweise ist... (FDP)	Kann übernommen werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
661-666	Es entstand um die Jahrtausendwende vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich schwierigen Lage, omnipräsenten Reformdiskussionen und abnehmender Zuversicht in Bezug auf die Möglichkeiten des Staates, die großen Herausforderungen der Zeit (Globalisierung, Arbeitslosigkeit, prekäre Staatsfinanzen) im Alleingang zu bewältigen. Als Fundament des Gemeinwesens werden politisch und gemeinnützig aktive Bürgerinnen und Bürger betrachtet.	Ggf. Zuordnung zu pol. Agenda: Anthony Giddens etc., weil Grundverständnis von „Poverty as social exclusion“ nicht unumstritten. Vgl. Lepenies 2017: 108ff. (SPD)	Kann als Beschreibung des Zeitgeistes ohne Bezug zu einzelnen Vordenkern stehenbleiben, zumal ansonsten eher weniger Ausführlichkeit gewünscht wird. Ansonsten: Formulierungsvorschlag erbeten.	Ergänzung/Änderung wird abgelehnt. Ursprungstext und Format beibehalten (einstimmig)
673	z.B. „Gemeinwesen und seine Bürger“	Einheitlich gendern, zumindest abwechselnd w./m. Formen benutzen, orientiert am Usus des LT. (SPD)	Bürgerinnen und Bürger	Ergänzung/Änderung (Vor-

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

				schlag WB angenommen (einstimmig)
683-879	Kapitel IV.3 „Umbau des Sozialstaates“	Kapitel streichen. (GRÜNE)		s. Beschluss zu Zeilen 532-632
699-709	<p>Insbesondere in der Diskussion der letzten Zeit ist dabei der Bezugspunkt und Ort ehrenamtlichen Engagements, die Zivilgesellschaft, zu einer Art Zauberformel geworden, mit der „nahezu alle Steuerungs- und Integrationsprobleme des Staates gelöst werden sollen“ und die sowohl gegen Marktversagen, also die unzureichende Bereitstellung öffentlicher Güter, als auch gegen Staatsversagen in Gestalt eines übermäßig teuren und wenig bedarfsgemäßen Leistungsangebots eine ebenso sinnvolle wie effiziente Alternative darstellen soll.</p> <p>Aber auch schon das für die bundesrepublikanische Nachkriegsgeschichte prägend gewordene Konzept der Sozialen Marktwirtschaft basierte als Gegenmodell zum staatszentrierten Demokratischen Sozialismus auf der Grundannahme, dass „die individuelle Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger nie allein von staatlichen Beiträgen, sondern immer auch von den Leistungen des Marktes, des Dritten Sektors und nicht zuletzt der privaten Haushalte abhängig ist“.</p>	Formulierung zu negativ, streichen. (GRÜNE)	Streichungen bedingten Anpassungen im vorangehenden und nachfolgenden Text.	
705ff.	Beschreibung des Wohlfahrtsstaats	<p>Die Entwicklung des Sozialstaats ist selbstverständlich korrekt beschrieben. Die wichtigen und sehr positiven Effekte der Freien Träger auf dem sozialen Markt wurden hier allerdings nicht genannt:</p> <p>Es fehlt die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege als Mitgestalter des Sozialen, als Innovationsmotor in der Sozialwirtschaft. Es fehlt das Offensive, die von den Freien Trägern der Wohlfahrtspflege ausgeht! Die Wohlfahrtspflege ist ja auch Garant des sozialen Friedens. (LAG FW)</p>	Könnte ergänzt werden. Ein Formulierungsvorschlag wäre gut.	

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

715	Mehr noch:	Streichen (FDP)		
718	...im Sozial- und Gesundheitsbereich bis heute prägt und dadurch gekennzeichnet ist, dass sie den freien Trägern eine Bestandsgarantie und einen „bedingten Vorrang“ einräumt und dem öffentlichen Träger eine Förderverpflichtung und Gewährleistungsverantwortung überträgt.	Ergänzung um das im nächsten Absatz nur kurz beschriebene Prinzip konkreter zu erläutern: ..überträgt. Dieser Vorrang wird als Subsidiaritätsprinzip bezeichnet. Subsidiarität ist ein Begriff aus der Staatsorganisation. Er bedeutet, dass die gesellschaftlich kleinere Einheit bei der Wahrnehmung von Aufgaben Vorrang vor der nächstgrößeren Einheit hat, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Das Subsidiaritätsprinzip legt also eine Reihenfolge staatlich-gesellschaftlicher Zuständigkeiten fest. Es wird davon ausgegangen, dass die kleinere Einheit, wie die Familie, das Quartier oder die Gemeinde, aufgrund ihrer Sachnähe die sie betreffenden Herausforderungen grundsätzlich besser bewältigen kann als übergeordnete (staatliche) Organisationen. So werden Kompetenz und Verantwortung des jeweiligen Lebenskreises anerkannt und genutzt. Das schließt die staatliche Pflicht ein, die kleineren Einheiten so zu stärken, dass sie entsprechend tätig werden können. (SPD)	Könnte als Fußnote ergänzt werden.	
721	Die Erfahrungen mit dem totalitären Staat des Nationalsozialismus taten dann ihr Übriges, dass Sozialstaatskonzepte, die auf eine umfassende Betreuung durch den Staat hinausgelaufen worden wären, von den Entscheidungsträgern der deutschen Nachkriegsrepublik abgelehnt und stattdessen Prinzipien wie die Subsidiarität und die persönliche Verantwortung hochgehalten wurden.	Auch die Erfahrungen mit dem totalitären Staat des Nationalsozialismus beeinflussten Sozialstaatskonzepte: Eine umfassende Betreuung durch den Staat wurde von den Entscheidungsträgern der deutschen Nachkriegsrepublik abgelehnt, stattdessen wurden Prinzipien wie die Subsidiarität und die persönliche Verantwortung hochgehalten. (SPD)	Kann übernommen werden.	
738	Dieser Sozialstaat befindet sich nun aber seit den 1970er Jahren in einer fortgesetzten Krise.	Streichen (GRÜNE)	Um diesen Sozialstaat entspannt sich seit den	

			1970er Jahren eine Krisendiskussion.	
745	Die Verbindung zwischen dem Sozialstaat und der Aktivbürgerschaft aber blieb erhalten. Die Ausweitung staatlicher Leistungsversprechen ging nicht, wie hätte befürchtet werden können, mit einer Verdrängung der freien Träger der Wohlfahrtspflege einher. Im Gegenteil, sie profitierten sogar vom Wachstum der sozialen Aufgaben, deren Vollzug an sie delegiert wurde. Durch das hohe Engagementniveau des Staates erweiterte sich also das Betätigungsfeld der freien Träger noch.	Formulierungsvorschlag: „Die Verbindung zwischen dem Sozialstaat und der Aktivbürgerschaft aber blieb erhalten. Der Transmissionsriemen zwischen gesellschaftlichen Bedarfen und Staat war zu dieser Zeit intakt und förderte einerseits die Entwicklung bedarfsgerechter Sozialpolitik und andererseits die Legitimation des politischen Systems – Deutschland entwickelte sich zu einer stabilen Demokratie westlicher Ausprägung mit einer aktiven Zivilgesellschaft. Die spezifischen Konstellationen von gemeinnützigen Organisationen, aktiver Bürgergesellschaft, Subsidiarität oder auch dem sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis sorgten für eine hohe Rate an Wohlfahrtsproduktion und Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege war hierbei zentral. Sie wurde seitens des Staates als verlässliche Partnerin zur Umsetzung sozialpolitischer Vorhaben wie auch als gesellschaftliche Antenne für entstehende soziale Bedarfe gesehen. Sie wurde seitens des Staates als verlässliche Partnerin zur Umsetzung sozialpolitischer Vorhaben wie auch als gesellschaftliche Antenne für entstehende soziale Bedarfe gesehen. Die Ausweitung staatlicher Leistungsversprechen ging nicht, wie hätte befürchtet werden können, mit einer Verdrängung der freien Träger der Wohlfahrtspflege einher. Im Gegenteil, sie profitierten sogar vom Wachstum der sozialen Aufgaben, deren Vollzug an sie delegiert wurde. Durch das bis zur Ölkrise bzw. Arbeitsmarktkrise Anfang der 80er Jahre hohe Engagementniveau des Staates erweiterte sich also das Betätigungsfeld der freien Träger stetig noch .“ (LAG FW)		
759	Im Zentrum der Kritik standen also die Bürokratisierung und Professionalisierung der Sozialpolitik, Stein des Anstoßes war die, wie es hieß, „Verstaatlichung der Nächstenliebe“.	Wie folgt ergänzen: „[...]hieß, „Verstaatlichung der Nächstenliebe“, gegen die sich die Wohlfahrtspflege kaum wehren konnte, da zwar eine Delegation von Wohlfahrtsproduktion auf die freien Träger durch die staatlichen Ebenen vorgenommen wurde, damit jedoch auch immer mehr formale Nachweise über die Art und Weise Erbringung dieser Produktion abgefordert wurde.“ (LAG FW)		
793	Wobei an dieser Stelle angemerkt gehört, dass die Verflechtung von Sozialstaat und Aktivbürgerschaft auch	Allerdings bestanden die Verflechtungen zwischen Sozialstaat und Aktivbürgerschaft in allen Phasen	Änderung kann übernommen werden.	

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	insofern gilt, als der moderne Sozialstaat mit seiner Finanzierung über an die Erwerbsarbeit geknüpfte Steuern und Beiträge über alle Zeiten hinweg und auch in den sorglosen Jahren seiner Ausbauphase stets verbunden blieb mit einem Anteil an sozialpolitischen Leistungen, die durch Familien-, Verwandtschafts- und Freundschaftsnetze informell erbracht wurden. Nur so ließen sich die Kosten der staatlichen Sozialpolitik in einem finanzierbaren Rahmen halten.	der Entwicklung des modernen Sozialstaats. Auch in seiner Ausbauphase der 1950er und 1960er Jahre blieben die durch Familien-, Verwandtschafts- und Freundschaftsnetze informell erbrachten Leistungen relevant. Nur so ließen sich die Kosten der staatlichen Sozialpolitik in einem finanzierbaren Rahmen halten. (SPD)		
683-879	Kapitel: Umbau des Sozialstaates	Ist es möglich, dieses Kapitel zu kürzen? (FDP)		
813f.	Die Erwartung, es ließen sich Wohlstand, Sicherheit und Modernität dauerhaft planvoll auf die Gleise in Richtung einer reibungslos administrierten Zukunft setzen, entpuppte sich nun als Illusion.	Zu anekdotenhaft (GRÜNE)	Die Erwartung einer planvollen kontinuierlichen Steigerung von Wohlstand, Sicherheit und Modernität erfüllte sich nicht.	
818ff.	Beschreibung des Wohlfahrtsstaates	Die Entwicklung des Sozialstaats ist selbstverständlich korrekt beschrieben. Die wichtigen und sehr positiven Effekte der Freien Träger auf dem sozialen Markt wurden hier allerdings nicht genannt: Es fehlt die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege als Mitgestalter des Sozialen, als Innovationsmotor in der Sozialwirtschaft. Es fehlt das Offensive, die von den Freien Trägern der Wohlfahrtspflege ausgeht! Die Wohlfahrtspflege ist ja auch Garant des sozialen Friedens. (LAG FW)	Könnte ergänzt werden. Ein Formulierungsvorschlag wäre gut.	
823	Als neues Leitbild des Staates ersetzte im Angesicht der sichtbar gewordenen Grenzen staatlichen Handelns den alten Versorgungsstaat nun der schlanke Staat, der staatliches Handeln auf Kernaufgaben beschränkt und die Selbstheilungskräfte des Marktes stärkt. Die Prinzipien	„Hohelied der Effizienz“ ist zwar inhaltlich nicht falsch, aber zu bissig für den Bericht (GRÜNE)	Die Prinzipien betriebswirtschaftlichen Denkens wurden auf das Verwaltungshandeln	

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	betriebswirtschaftlichen Denkens wurden auf das Verwaltungshandeln übertragen, soziale Leistungen als Dienstleistungen und gemeinnützige Einrichtungen als Dienstleister gedeutet und als Hintergrundmelodie sämtlicher Einzelmaßnahmen das Hohelied der Effizienz angestimmt.		übertragen, soziale Leistungen als Dienstleistungen und gemeinnützige Einrichtungen als Dienstleister gedeutet, Einzelmaßnahmen wurden unter dem Gesichtspunkt der Effizienz betrachtet.	
827	In dieser Zeit setzte sich ein Denken durch, demzufolge der Staat soziale Leistungen nicht mehr selbst erbringen muss, sondern sie bei privaten Anbietern einkauft, die um die Erteilung öffentlicher Aufträge konkurrieren, wodurch auch die freien Träger der Wohlfahrtspflege dem Wettbewerb und Effizienzdruck ausgesetzt wurden.	Am Ende des Absatzes ergänzen: „Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege haben diese Entwicklung genutzt noch intensiver als zuvor als Mitgestalter des Sozialen aufzutreten. Die Wohlfahrtspflege ist aktiver Innovationsmotor der Sozialwirtschaft und sieht sich auch als Garant und Unterstützer des sozialen Friedens. Die Akteure zeichnen sich weiterhin durch ihre gemeinnützige Arbeit ohne Gewinnerzielungsabsicht und als Förderer und Ermöglicher ehrenamtlichen Engagements und der Beteiligung von Betroffenen aus.“ (LAG FW)		
839	Ehrenamtliches Engagement wurde an den Rand gedrängt, bürgerschaftliche Initiative und Eigenverantwortung allenfalls dort geschätzt, wo es um wirtschaftlich unrentable Nischenprodukte und Versorgungslücken ging.	„allenfalls“ zu stark und deshalb den Nebensatz streichen. (GRÜNE)	Nebensatz kann gestrichen werden.	
881-1035	Kapitel IV.4 Generation Z	Streichen (GRÜNE)		
959-960	Die Grünen schneiden verlässlich deutlich überproportional ab bei Jungwählern	Bitte die aktuellen Befunde der BTW 2021 nutzen, die Grünen und Freien Demokraten haben ähnlich gut abgeschnitten. (FDP)	Die Grünen schneiden verlässlich deutlich überproportional ab bei Jungwählern wie zuletzt auch die FDP	

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

969-970	Was sich geändert hat und was vielleicht etwas überraschen mag angesichts jugendlicher Umweltproteste und Klimaängste, ist die Zukunftssicht der Jugend. Viel mehr Jugendliche als in den 1980er Jahren blicken heute zuversichtlich in die Zukunft	Wdh. zu 892 (SPD)	Absätze zusammenziehen.	
973	„Heute“	Ist das noch ein aktueller Bezug, es in 2022 mit „heute“ zu bezeichnen? (LAG-FW)	Heute streichen	
985-988	Während noch das Gros der 68er nach der Implosion der APO den Weg in die Parteien ging, insbesondere die SPD, liegen die Parteien heute bei Fragen nach dem Institutionenvertrauen verlässlich ganz hinten, um den letzten Rang streitend allenfalls noch mit den ebenfalls sehr misstrauisch beäugten Banken	Während noch das Gros der 68er nach der Implosion der APO den Weg in die Parteien ging, insbesondere die SPD, sinkt das Vertrauen in die pol. Institutionen der Parteien. (SPD)	Während noch das Gros der 68er nach der Implosion der APO den Weg in die Parteien ging, insbesondere die SPD, liegen die Parteien heute bei Fragen nach dem Institutionenvertrauen verlässlich ganz hinten, um den letzten Rang streitend allenfalls noch mit den ebenfalls sehr misstrauisch beäugten Banken	
998-1007	Nun kann man natürlich relativierend einwenden, dass typische Jugendeigenschaften generell in einem gewissen Widerspruch stehen zu der Apparathaftigkeit von Parteiorganisationen, zu den allgegenwärtigen Kompromiss- und Konsenszwängen bei der innerparteilichen Willensbildung und außerdem zu der notwendigen Einbettung von Einzelfragen in Gesamtkontexte in den Parteien, die politische Generalisten sind. Jugendliche suchen nach Wahrhaftigkeit und Authentizität, Kompromisse erscheinen ihnen oft faul; das Bestehende und Überlieferte schätzen sie noch wenig, da ihnen die Zukunft offen und gestaltbar erscheint, was freilich kühne Visionen und nicht den Pragmatismus kleiner Schritte nahelegt; und statt systemstabilisierender Verhandlungen und Rücksichtnahmen auf den politischen Gegner sehnen sich Jugendliche nach dem rigorosen Schnitt, der fundamentalen Umgestaltung, der einschränkungslosen Umsetzung des als richtig Erkannten.	Streichen, wesentlicher Punkt ist ggf. Idealismus und Wunsch nach strukturellen Veränderungen der Gen Z, (SPD)		

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

1012	Wie die Jugend „tickt“, zeigt sich vielleicht am besten mit Blick auf die Fridays For Future-Protestbewegung.	„Wie die Jugend tickt“ umformulieren (GRÜNE) „Ein Blick auf Fridays-For-Future zeigt exemplarisch, wie sich Jugend organisiert und sich für thematische Belange einsetzt.“ (Hartleb)	Was die Jugend bewegt,...	
1022-1023	... die die Leute generalstabsmäßig zu den Demos gekarrt hätte.	Nebensatz streichen (GRÜNE)	... keine Organisation brauchte, die die Anfahrt zu den Demos organisiert hätte.	
1023-1026	Stattdessen breitete sich der Protest von unten aus, verbreitete sich wie ein Lauffeuer über die Sozialen Medien, ein Gutteil der Ansprache potentieller Teilnehmerinnen und Teilnehmer lief auch über persönliche Kontakte im Freundes-, Bekannten- und Klassenkameradenkreis.	„Klassenkameradenkreis“-> Gendern? Vereinfachen. „Stattdessen breitete sich der Protest von unten aus, neben einer Vernetzung durch die Sozialen Medien, rekrutierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch über persönliche Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis- und über den Klassenverband.“ (SPD)	Stattdessen breitete sich der Protest von unten aus, verbreitete sich wie ein Lauffeuer über die Sozialen Medien, ein Gutteil der Ansprache potentieller Teilnehmerinnen und Teilnehmer lief auch über persönliche Kontakte in der Schule wie auch im Freundes- und Bekanntenkreis.	
1035	(Absatz zu Fridays for Future)	"Die Jugend" besteht nicht nur aus FFF. Vielleicht gibt es auch noch andere Formen des ehrenamtlichen Engagements, dem Jugendliche nachgehen wie beispielsweise Schülerfirmen o.Ä.? (FDP)		
1043	Diese Politikverflechtung ist aufgrund der von ihr ausgehenden Abstimmungsbedarfe, Verhandlungserfordernisse und Kompromisszwänge problematisch, wenn eine reaktionsschnelle, entscheidungsstarke Politik aus einem Guss gewünscht oder für erforderlich gehalten wird.	Liegt meist am fehlenden politischen Willen und nicht an den Strukturen. Föderalismus ist tief in unserer Historie verankert, wir sollten ihn an dieser Stelle nicht allzu drastisch darstellen. (FDP)	Diese Politikverflechtung ist aufgrund der von ihr ausgehenden Abstimmungsbedarfe, Verhandlungserfordernisse und	Ergänzung/Änderung (Vorschlag wB angenommen (einstimmig

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

			Kompromisszwänge zuweilen Gegenstand von Kritik, wenn eine reaktionsschnelle, entscheidungsstarke Politik aus einem Guss gewünscht oder für erforderlich gehalten wird.	
1051	Gliedstaaten	Was ist das? Sind damit die Bundesländer gemeint? Dann bitte auch so schreiben. (FDP)	Bundesländer	Ergänzung/Änderung (Vorschlag wB angenommen (einstimmig
1052	der Kultusministerkonferenz	Das sind nicht nur die Kultusminister, sondern auch die anderen Fachministerien. Bitte umformulieren. (FDP)	die Ministerkonferenzen	Ergänzung/Änderung (Vorschlag wB angenommen (einstimmig
1081	...Nachbarschaftshäuser, Stadtteilzentren....	Ergänzung: Hierzu gehören Nachbarschaftshäuser, Stadtteilzentren, Quartierbüros und Mehrgenerationenhäuser sowie... (LAG FW)	Kann ergänzt werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig
1024	...sozial schwache..	Erst recht gilt dies für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen und mit Mobilitätseinschränkungen, bei denen.... (LAG FW)	Änderungsvorschlag übernehmen Generation Z-Gestrichen	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig
1063	Die Stärken dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der deutsche Föderalismus aus der Perspektive des bürgerschaftlichen Engagements auch spezifische Schwächen besitzt. Als Faustformel im deutschen Mehrebenensystem kann gelten: je bürgernäher, desto weniger handlungsfähig. Die kommunale Selbstverwaltung ist gegenüber Bundes- und Landesrecht nachrangig, kommunal können daher nur solche	Faustformel ans Ende des Absatzes verschieben Die Stärken dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der deutsche Föderalismus aus der Perspektive des bürgerschaftlichen Engagements auch spezifische Schwächen besitzt. Die kommunale Selbstverwaltung ist gegenüber Bundes- und Landesrecht nachrangig, kommunal können daher nur	Änderungsvorschlag kann übernommen werden.	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1061 -1068 zu streichen.

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	Angelegenheiten geregelt werden, die noch nicht durch ein Bundes- oder Landesgesetz festgelegt sind. Und der Bund ebenso wie die Länder haben in der Vergangenheit von ihrem Regelungsvorrang durch eine engmaschige Gesetzgebung umfassend Gebrauch gemacht. Das kommunale Handeln ist daher häufig bloß ein lokaler Gesetzesvollzug	solche Angelegenheiten geregelt werden, die noch nicht durch ein Bundes- oder Landesgesetz festgelegt sind. Und der Bund ebenso wie die Länder haben in der Vergangenheit von ihrem Regelungsvorrang durch eine engmaschige Gesetzgebung umfassend Gebrauch gemacht. Das kommunale Handeln ist daher häufig bloß ein lokaler Gesetzesvollzug. Als Faustformel im deutschen Mehrebenensystem kann gelten: je bürgernäher, desto weniger handlungsfähig. (SPD)		(einstimmig)
1089-1094	Und dieses aktivbürgerschaftliche Engagement ist weit überwiegend ein ehrenamtliches Engagement, wie beispielhaft die aktuellen Zahlen des Feuerwehrverbandes zeigen. Zum Ende des Jahres 2018 gab es in Deutschland 22.155 Freiwillige Feuerwehren und 18.297 Jugendfeuerwehren. In diesen waren insgesamt fast 1,3 Millionen Mitglieder ehrenamtlich engagiert. Diesen Ehrenamtlichen standen nur 33.549 Berufsfeuerwehrleute in 104 Berufsfeuerwehren gegenüber.	Kann dieser Satz gestrichen werden? Das Beispiel passt nicht in den Kontext. (FDP)	Absatz kann gestrichen werden.	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1089 bis 1094 zu streichen. (einstimmig)
1154	Hinweis auf Tabelle	Tabelle fehlt	Tabelle wird ergänzt.	
1155-1157	Andererseits muss die kommunale Förderung von Bürgerengagement auch vor dem Hintergrund der Haushaltskrise der Städte und Gemeinden gesehen werden, soll das ehrenamtliche Engagement doch auch dazu beitragen, die Kommunen finanziell zu entlasten.	Soll -> kann Andererseits muss die kommunale Förderung von Bürgerengagement auch vor dem Hintergrund der Haushaltskrise der Städte und Gemeinden gesehen werden, kann das ehrenamtliche Engagement doch auch dazu beitragen, die Kommunen finanziell zu entlasten. (SPD)	Kann übernommen werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
1156	, soll....	Eine Verpflichtung des ehrenamtlichen Engagements im Sinne einer ökonomischen Verwertungslogik sehe wir kritisch. Vorschlag: , kann..... (LAG FW)	Kann übernommen werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig) s.a. Beschluss zu Zeile 1155-1157

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

1158-1160	Zugleich begrenzt die Haushaltskrise die Möglichkeiten vieler Kommunen zur Engagementförderung. Mehr noch: Die finanzielle Misere korrespondiert mit neuen Problemen, die sich für die Kommunen aus dem demografischen Wandel, sozialen Ungleichheiten und Migrationsbewegungen ergeben.	Formulierungsvorschlag: <i>„Bestehende Finanzierungsprobleme in vielen Kommunen korrespondieren mit neuen Problemen, die sich aus dem demografischen Wandel, sozialen Ungleichheiten und Migrationsbewegungen ergeben.“ (SPD)</i>	Kann übernommen werden.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
1167	Aufgrund der von ihm kritisierten Tendenzen zur Instrumentalisierung des ehrenamtlichen Engagements als Lückenbüßer für Kürzungen des öffentlichen Leistungsangebots hat Roland Roth von der Bürgerkommune als einer „Demokratisierung der Machtlosigkeit“ gesprochen	Von ihr, nicht von ihm (GRÜNE)	„von ihm“ streichen, um Missverständnisse zu vermeiden	Ergänzung/Änderung der wB angenommen (einstimmig)
1262-1268	jeweilige Zuständigkeiten unklar sind und deren Aufgaben sich nicht selten überschneiden. Dieses Problem hat sich zuletzt aufgrund der fortgesetzten Ausdifferenzierung der lokalen Engagementlandschaft noch weiter verschärft. Hier bräuchte es im kommunalen Bereich mehr Kooperationsstellen und Netzwerke, um Ressourcen zu bündeln, was sowohl den gemeinnützigen Organisationen helfen würde, die die Diskrepanz zwischen einem großen Aufgabenspektrum und ihrer angesichts dessen knappen Finanzgrundlage beklagen, als auch den Kommunen, die sich diese Vielfalt an unverbunden nebeneinander arbeitenden Einrichtungen nicht leisten können.	Vielfältige Träger und Organisationen sind toll um ein breites Angebot zu haben. Hier sollte der Staat nicht regulierend eingreifen. Bitte Absatz neutraler formulieren. (FDP)	Bessere Rahmenbedingungen durch Vernetzung sind Teil der Handlungsempfehlungen. Darum erscheint Passage hier sinnvoll.	Kommission beschloss Textänderung : „jeweilige Zuständigkeiten unklar sind und deren Aufgaben sich nicht selten überschneiden. Einerseits führt es zu einem größeren Angebot, andererseits erhöht sich dadurch die Unübersichtlichkeit. Hier bräuchte es im kommunalen Bereich mehr Kooperationsstellen und

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

				Netzwerke, um Ressourcen zu bündeln, was sowohl den gemeinnützigen Organisationen helfen würde, die die Diskrepanz zwischen einem großen Aufgabenspektrum und ihrer angesichts dessen knappen Finanzgrundlage beklagen, als auch den Kommunen, die sich diese Vielfalt an unverbunden nebeneinander arbeitenden Einrichtungen nicht leisten können.“ (einstimmig)
1276	Sport, Feuerwehr etc.	Beispiele sind nicht notwendig, können gestrichen werden. (FDP)	kann gestrichen werden	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
1312-1319	Obendrein führt die Politikverflechtung im kooperierenden Föderalismus der Bundesrepublik dazu, dass der Bund auch in Hoheitsgebiete der Länder wie etwa die Bildungspolitik hineinragt: sei es durch den Meinungs-austausch in der Kultusministerkonferenz oder über die Zuständigkeit des Bundes für die Regelung der Berufsausbildung und der Ausbildungsbeihilfen wie dem BAföG; sei es vermittels grundgesetzlich festgelegter Gemeinschaftsaufgaben in der	Bitte Absatz streichen. Nicht relevant für unseren Bericht. (FDP)	Kann gestrichen werden	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1312 bis 1319 zu streichen. (einstimmig)

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	Schulpolitik und der Möglichkeit des Bundes, den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur zu gewähren, so geschehen beispielsweise im Zusammenhang mit dem Digitalpakt Schule.			
1416-1417	Andererseits schwächt sich bei norddeutschen Flächenstaaten mit einer eher ländlichen Siedlungsstruktur wie Niedersachsen dadurch der Unterschied im Engagementniveau zu den süddeutschen Bundesländern ab.	Missverständlich: ist hier folgendes gemeint? Allerdings sind auch in norddeutschen Flächenstaaten mit eher ländlichen Siedlungsstrukturen die Engagement-Quoten im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch (Niedersachsen mit 46,2%) Bundesfreiwilligensurvey, 2014 https://www.bmfsfj.de/resource/blob/113702/53d7fdc57ed97e4124fffec0ef5562a1/vierter-freiwilligensurvey-monitor-data.pdf (SPD)	Andererseits schwächt sich bei norddeutschen Flächenstaaten mit einer eher ländlichen Siedlungsstruktur wie Niedersachsen dadurch das Süd-Nord-Gefälle ab.	Überarbeitungsvorschläge werden eingereicht 1403-1425
1452	Und die Bundesregierung hat im Jahr 2020 die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement auf lokaler Ebene im gesamten Bundesgebiet gegründet	Kann raus, wurde in einem vorherigen Kapitel bereits erwähnt. Zeile 1367 ff. (LAG FW)	Streichen.	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1452 bis 1454 zu streichen. (einstimmig)

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

1482-1484	Die „neuen Ehrenamtlichen“, wie sie heute gern etikettiert werden, sind im Unterschied zu den Altehrenamtlichen aus Arbeiterwohlfahrt und Caritas diskontinuierlicher, erratischer, launischer. Das Engagement muss ihnen in einem größeren Maße als früher Spaß machen, auch das Interesse, sich selbst zu verwirklichen, hat verglichen mit den altruistischeren klassischen Engagementmotiven an Bedeutung gewonnen.	- Kommentar: diese Formulierung ist nun sehr negativ gefärbt despektierlich sowohl bei den neuen Ehrenamtlichen als auch bei den alten Ehrenamtlichen. Wer spontaner oder kürzer im Engagement ist deshalb nicht launischer und die kontinuierlich Aktiven nicht „verstaubter“. Formulierungsvorschlag: Die „neuen Ehrenamtlichen“ engagieren sich gern kurzfristiger und zeitlich befristet und wenn sie Zeit haben entgegen den kontinuierlich Aktiven, die über Jahre in einem verlässlich gleichen Rhythmus ihr Engagement ausüben. Das Engagement darf heute „unverblümt“ in höherem Maß in erster Linie „Spaß machen, im Interesse liegen und der Weiterentwicklung dienen“, während vor einigen Jahren noch eher die Rede von altruistischen Engagementmotiven die Rede war. (LAG FW) - „erratischer, launischer“ streichen bis zum Ende des Absatzes; unangemessene Wertung (GRÜNE)	„erratischer, launischer“ streichen bis zum Ende des Absatzes Oder Formulierungsvorschlag LAG übernehmen.	Ergänzung/Änderung LAG FW angenommen (einstimmig)
1487-1490	Weiterhin unterrepräsentiert sind im Bereich des Engagements – des konventionellen übrigens ebenso wie des unkonventionellen – die sogenannten Unterschichten, die kleinen Leute, die Geringqualifizierten, sozial Schwachen, wenig Selbstbewussten insbesondere des unteren sozialen Drittels.	Bitte neutraler und weniger wertend formulieren. "Die kleinen Leute" gibt es nicht. (FDP, Hartleb) Vorschlag: Ersetzen durch „Geringverdiener“ (LAG FW) Ärmere statt sozial Schwache; wenig Selbstbewusstsein streichen. (GRÜNE)	Weiterhin unterrepräsentiert sind im Bereich des Engagements – des konventionellen übrigens ebenso wie des unkonventionellen – Gruppen mit geringem Einkommen und geringer Qualifikation.	Ergänzung/Änderung der wB angenommen (einstimmig)
1490-1492	Das ehrenamtliche Engagement ist sozial sogar noch selektiver, statt eine Alternative zum konventionellen Engagement darzustellen, fungieren sie vielfach als	Das freiwillige Engagement ist nicht selektiv. Satz streichen. GRÜNE	Halbsatz kann gestrichen werden.	Kommission hat

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

	Ergänzung, als weitere Option im Beteiligungsarsenal der ohnehin Aktiven			beschlossen, die Zeilen 1490 bis 1492 zu streichen. (einstimmig)
1492-1498	Aber auch Parteimitgliedschaften und Wahlen sind sozial nach unten nicht mehr so offen, wie sie das bis in die 1980er Jahre hinein durchaus noch waren. Das führt, wie verschiedentlich festgestellt worden ist, nicht nur zu einer abnehmenden Repräsentativität der Repräsentationsorgane, weil gesellschaftliche Teilsegmente sich zunehmend aus der Mitbestimmung ausklinken. Es führt auch zu inhaltlichen Schief lagen in den Politikangeboten, da die Parteien die Interessen derjenigen eher zu übergehen bereit sein werden, deren Sanktionen sie bei Wahlen nicht zu fürchten brauchen, da sie ohnehin nicht wählen gehen.	Streichen (CDU)		Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1492 bis 1498 zu streichen. (einstimmig)
1496-1498	Es führt auch zu inhaltlichen Schief lagen in den Politikangeboten, da die Parteien die Interessen derjenigen eher zu übergehen bereit sein werden, deren Sanktionen sie bei Wahlen nicht zu fürchten brauchen, da sie ohnehin nicht wählen gehen.	Tendenziöse Formulierung <i>Dieses könne auch zu inhaltlichen Schief lagen der Politikangebote führen, nicht nur, weil da Einkommensungleichheit die Wahlbeteiligung negativ beeinflusst, sondern auch weil politische Entscheidungen eine selektive Responsivität für unterschiedliche Interessen aufweisen.</i> Nachweis Armin Schäfer: · 2019: “Don’t play if you can’t win” —Does economic inequality undermine political equality? In: European Political Science Review 11, 395-413 (mit Hanna Schwander).* · 2017: «Dem Deutschen Volke?» Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, 161–180 (mit Lea Elsässer und Svenja Hense).* (SPD)	Kann umformuliert werden. Begriff der Responsivität erscheint allerdings sehr voraussetzungsvoll.	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1492 bis 1498 zu streichen. (einstimmig)

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

		Umformulieren. Wir haben da ein anderes Selbstverständnis. (GRÜNE)		
1514-1515	und Menschen aus den einfacheren Schichten hier kaum gezielte Angebote zur Partizipation und Integration gemacht werden.	Bitte neutraler formulieren. (FDP, Hartleb)	und Menschen mit geringerem Bildungsgrad hier kaum gezielte Angebote zur Partizipation und Integration gemacht werden.	Ergänzung/Änderung der wB angenommen (einstimmig)
1528-1531	Die bisherigen Freiwilligensurveys von 2009 bis 2019 jedenfalls sind in dieser Hinsicht eindeutig: All jene, die ihre materielle Lage als gut einstufen, engagieren sich in den letzten Jahren häufiger als jene, die ihre Lage schlechter beziehungsweise schlecht bewerten. Hier scheinen Sicherheitsgefühle eine Voraussetzung für das Engagement zu sein.	Präzisierung Sicherheitsgefühl Materielle Sicherheitsgefühle / Unsicherheiten (SPD)	„materielle“ kann ergänzt werden	Ergänzung/Änderung der wB angenommen (einstimmig)
1552f.	Männer und Frauen wirken nicht in gleichem Maße an den verschiedenen Aufgabengebieten der Zivilgesellschaft mit. Sie sind unterschiedlich stark in verschiedene Engagementbereichen involviert.	Männer und Frauen wirken nicht ... Satz streichen. (GRÜNE)	Bei Streichung Folgesatz anpassen?	Änderungswunsch wurde vom AS zurückgenommen.
1557-1558	Aufgeschlüsselt nach verschiedenen Altersgruppen ergeben sich weitere geschlechterspezifische Unterschiede, worauf auch die Studie von PMG policy matters hinweist.	Ggf. nur der Nachweis um Lesefluss zu erleichtern <i>Aufgeschlüsselt nach verschiedenen Altersgruppen ergeben sich weitere geschlechterspezifische Unterschiede, worauf auch die Studie von PMG policy matters hinweist.</i> (SPD)	Absatz mit PMG-Studie streichen. (1532-1545, 1557-1574)	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1532 bis 1545 sowie die Zeilen 1557-1574 zu streichen. (einstimmig)
1559	So scheinen sich Frauen insbesondere in der Familienphase, also zwischen dem dreißigsten und dem fünfzigsten Lebensjahr, auf die als klassische Frauenthemen bezeichneten Bereiche zu konzentrieren.	Hinweis nach wie vor vorhandene Ungleichheit bei der Carearbeit; Männer müssen hier noch stärker gefordert werden (GRÜNE)	Absatz streichen.	s. Beschluss zu Zeilen 1557-1574

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

1572	...oder dem Umwelt- und Naturschutz.	Der Klimaprotest (z.B. Friday for future) und zahlreiche Umweltinitiativen sind stark weiblich geprägt und geführt. Stimmt die gemachte pauschale Aussage? (LAG FW) Männer sind in sozialen Bereichen unterrepräsentiert. (GRÜNE) Streichen (Hartleb)	Absatz streichen. (Absatz, in dem die PMG-Studie referiert wird)	s. Beschluss zu Zeilen 1557-1574
1580	Dabei zeigen gerade neuere Erhebungen im Bereich der politischen Mobilisierungen, die seit den Protesten gegen den Stuttgarter Bahnhof für die Bundesrepublik u.a. mit dem Begriff der „Bürgerproteste“ gefasst werden, dass Menschen gar nicht so selten auch in späteren Jahren (politisch) aktiv werden können.	Bewertung; streichen (GRÜNE)		Ergänzung/Änderung wird abgelehnt. Ursprungstext und Format beibehalten (einstimmig)
1598-1599	Die Erkenntnisse, die sich aus der Literatur über zivilgesellschaftliches Engagement zusammentragen lassen, können wie folgt resümiert werden: Es engagieren sich eher Männer als Frauen (wenn die Differenzen zuletzt auch immer kleiner geworden sind), s.o. Fußnote Zeile 281	Widersprüchlich zum Freiwilligensurvey 2019 Frauen und Männer unterscheiden sich 2019 zum ersten Mal seit 1999 nicht hinsichtlich der Engagementquote. Während sich in der Vergangenheit seit 1999 stets Männer zu größeren Anteilen freiwillig engagierten, ist im Jahr 2019 erstmals kein statistisch signifikanter Geschlechterunterschied in der Engagementquote festzustellen (Frauen: 39,2 Prozent; Männer: 40,2 Prozent). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Anteile freiwillig engagierter Frauen stärker gestiegen sind als die Anteile freiwillig engagierter Männer. Zudem ist der Anteil an engagierten Männern zwischen 2014 und 2019 etwas zurückgegangen. https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/frewilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf SPD, GRÜNE	Befunde des Freiwilligensurveys 2019 übernehmen.	Änderung der wB angenommen (einstimmig)
1642	Eine weitere Möglichkeit wäre die gezielte Einübung freiwilligen Engagements in allen Schulformen.	Klingt nach Manipulation, bitte neutraler formulieren. (FDP)	Eine weitere Möglichkeit wäre die gezielte	Ergänzung/Änderung der

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

			Thematisierung freiwilligen Engagements in allen Schulformen.	wB angenommen (einstimmig)
1642ff	Eine weitere Möglichkeit wäre die gezielte Einübung freiwilligen Engagements in allen Schulformen. Nicht nur in Gymnasien oder integrierten Gesamtschulen des Landes, sondern auch in Sekundar- und Realschulen, Berufskollegs, Haupt- und Förderschulen, aber insbesondere in Grundschulen müssen – unabhängig von den sozialen Ressourcen der einzelnen Schüler – demokratische Praktiken und die Übernahme von Selbstverantwortung erlernt werden.“	Ist uns etwas zu negativ gegenüber den Sekundar- und Realschulen, Berufskollegs, Haupt- und Förderschulen. Demnach hätten wir gerne eine Formulierung, die diese Schulformen nicht gesondert behandelt. Vorschlag: „Eine weitere Möglichkeit wäre die gezielte Thematisierung freiwilligen Engagements in allen Schulformen. Hier in den Gymnasien, integrierten Gesamtschulen, Sekundar- und Realschulen, Berufskollegs, Haupt- und Förderschulen des Landes, aber insbesondere in Grundschulen müssen – unabhängig von den sozialen Ressourcen der einzelnen Schülerinnen und Schüler – demokratische Praktiken und die Übernahme von Selbstverantwortung erlernt werden.“ (CDU)		Kommission beschloss Textänderung Übernahme des nebenstehenden Vorschlages“ (einstimmig)
1646-1650	So könnten die obligatorischen Wandertage in den Zoo der Umgebung beispielsweise durch Besuche in das lokale Klärwerk oder die Freiwillige Feuerwehr ersetzt werden. Und warum sollte der Schulchor nicht regelmäßig die Einrichtungen der betreuten Wohnprojekte ansteuern oder Nachmittagsangebote sich stärker mit lokalen zivilgesellschaftlichen Institutionen vernetzen?	Bitte streichen. Nachmittagsangebote und Ausbau von AGs sind bereits ein guter Ansatz (FDP)	Kann gestrichen werden.	Kommission beschloss Textänderung Die Zeilen 1646 bis 1650 sind an dieser Stelle zu streichen und in den Handlungsempfehlungen mit

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

				folgendem Wortlaut aufzunehmen „Das ohnehin starke Angebot für die Nachmittage soll ausgebaut und gefördert werden.“ (einstimmig)
1660	Warum sollten Frauen in der Familienphase nicht stärker unterstützt werden, beispielsweise durch eine grundsätzlich kinderfreundlichere Einstellung und Ausstattung der Gruppen, Vereine und Initiativen oder die Möglichkeiten der Erstattung von Kinderbetreuungs- oder Fahrtkosten	Grundsätzlich Menschen mit Kindern. Müssen nicht nur Frauen oder Familien sein. (FDP)	In der sozialen Realität würden vor allem Frauen von derartigen Verbesserungen profitieren; Fokus auf Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Frauen und junge Menschen im Einsetzungsbeschluss (Ziff. 3) sollte sich im Bericht spiegeln.	Ergänzung/Änderung angenommen (einstimmig)
1662-1665	Dies mag gerade für diese Gruppe relevanter sein als für den in Vollzeit arbeitenden Mann als Prototyp des zivilgesellschaftlich Engagierten, da gerade bei teilzeitarbeitenden Frauen das individuelle finanzielle Budget knapper bemessen ist.	Dieser Satz reproduziert Stereotype. Bitte streichen. (FDP)		Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1662 bis 1665 zu streichen. (einstimmig)

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

1665-1668	Auch angesichts der großen Befürchtung vor Altersarmut unter allen Befragten sind auch all jene Modelle zu diskutieren, die Aufbesserungsmöglichkeiten für die Rente umfassen – trotz aller Schwierigkeiten, die grundsätzlich mit der Monetarisierung des freiwilligen Engagements im Zusammenhang stehen.	Streichen. Hat an dieser Stelle nichts zu suchen. Wurde in der EKE kritisch gesehen und kann nicht unkommentiert hier stehen. (FDP)	Kann gestrichen werden	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1665 bis 1668 zu streichen. (einstimmig)
1673-1676	Die Miete für den Tennisplatz ist im Verein im Vergleich zum Sportcenter meist marginal, Talententwicklung und Ligaspiele werden meist nur dort organisiert, eine organisierte Elternschaft wirkt nachhaltig auf das Schulklima und die Lernatmosphäre.	Beispiele an dieser Stelle streichen. (FDP)	Kann gestrichen werden.	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1673 bis 1676 zu streichen. (einstimmig)
1684-1688	Warum nicht, gerade angesichts der aktuellen Mobilität, bei Wohnortwechsel im Einwohnermeldeamt konkret auf Engagementmöglichkeiten, Vereine und Initiativen vor Ort hinweisen oder durch die Stadt oder Gemeinde ein Anschreiben verschicken, das die Neubürger auf die verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten hinweist, ähnlich wie mittlerweile viele Kirchengemeinden ihre neuen Gemeinemitglieder durch eine persönliche Ansprache begrüßen und zur Teilhabe auffordern?	Woher kommt diese Idee? Bitte streichen. (FDP)	Kann gestrichen werden.	Kommission hat beschlossen, die Zeilen 1684 bis 1688 zu streichen. (einstimmig)
1925 ff.		Anmerkung: Wird das detailliert abgefragte soziale Engagement (Kita, Selbsthilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Flüchtlingshilfe, Nachbarschaftshilfe, Unterstützung in Notsituationen, Unterstützung von Menschen mit und ohne Behinderung) gebündelt ist festzuhalten, dass sich 21,3 % der Befragten im sozialen Bereich engagieren. Eine Aufschlüsselung z.B. der Rubrik Sport in Mannschafts- und Individualsport oder in Leistungs- und Gesundheitssport wurde nicht vorgenommen. (LAG FW)	Bündelung könnte im Begleittext vorgenommen werden.	

Tabellarische Aufstellung eingegangener Hinweise und Änderungswünsche

(Stand: 26.01.2022)

1780ff .	VII. Online-Befragung	Onlinebefragung in den Anhang; Abstract an die Stelle im Bericht setzen	Sollte aus Gründen des logischen Aufbaus (Befragung -> Problemanalyse+Handlungsempfehlungen) an dieser Stelle verbleiben. Aufsplittung würde für Unübersichtlichkeit des Berichtes sorgen.	
-------------	-----------------------	---	--	--